

Sonstige Angaben.

31 Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung.

Cashflow aus Geschäftstätigkeit. Im Geschäftsjahr 2010 verringerte sich der Cashflow aus Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,1 Mrd. € auf 14,7 Mrd. €. Neben den Effekten aus der operativen Geschäftsentwicklung waren im Wesentlichen die folgenden Effekte für diesen Rückgang verantwortlich: gegenüber dem Vorjahr geringere Einzahlungen im Rahmen von Forderungsverkäufen (Factoring) in Höhe von 0,6 Mrd. € sowie netto höhere Auszahlungen aus dem Aufbau von Vorräten in Höhe von 0,4 Mrd. €. Dem stehen höhere Einzahlungen aus erhaltenen Dividenden in Höhe von 0,4 Mrd. € – im Wesentlichen aus einer unterjährigen Ausschüttung des Joint Venture Everything Everywhere – gegenüber. Die weiteren Veränderungen des Cashflows aus Geschäftstätigkeit umfassen eine Vielzahl von zum Teil gegenläufigen Effekten.

Cashflow aus Investitionstätigkeit. Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit beliefen sich auf 10,7 Mrd. € gegenüber 8,6 Mrd. € im Vorjahr. Zu dieser Veränderung trug u. a. der Zugang der Zahlungsmittel der OTE-Gruppe in Höhe von 1,6 Mrd. € im Vorjahr bei, dem in diesem Jahr ein Gesamteffekt aus dem Abgang der T-Mobile UK in Höhe von 0,4 Mrd. € gegenüberstand. Darüber hinaus erwarb die Deutsche Telekom im Geschäftsjahr 2010 Anteile in Höhe von 0,8 Mrd. € an einer vom Joint Venture Everything Everywhere begebenen Anleihe und verzeichnete höhere Auszahlungen für immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 1,4 Mrd. €, was hauptsächlich auf die Auszahlungen für den Erwerb von Mobilfunk-Lizenzen (Spektrum) in Deutschland in Höhe von 1,3 Mrd. € zurückzuführen war.

Gegenläufig entwickelten sich die Auszahlungen für Sachanlagen, die sich um 0,7 Mrd. € verringerten, sowie die Nettozahlungen aus der Veränderung kurzfristiger finanzieller Vermögenswerte, die sich um 0,8 Mrd. € verbesserten. Hierzu trugen im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem Einzahlungen aus dem Rückfluss aus im Vorjahr hinterlegten Barsicherheiten für den Erwerb der STRATO in Höhe von 0,3 Mrd. € sowie Rückflüsse aus hinterlegten Sicherheitsleistungen und Sicherungsgeschäften in Höhe von netto 0,3 Mrd. € bei. Darüber hinaus verringerten sich die Auszahlungen für Unternehmenserwerbe um 0,6 Mrd. €. Den Auszahlungen im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 1,0 Mrd. € vor allem für den Erwerb weiterer Anteile an der OTE und den Erwerb der Zapp standen im Geschäftsjahr 2010 Auszahlungen für den Erwerb der STRATO von 0,3 Mrd. € sowie ClickandBuy von 0,1 Mrd. € gegenüber.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit. Die Mittelabflüsse aus Finanzierungstätigkeit betrugen 6,4 Mrd. € im Vergleich zu 5,1 Mrd. € im Vorjahr.

Neben einer netto Aufnahme von mittel- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 3,1 Mrd. € (2009: 5,3 Mrd. €) ist diese Entwicklung auch auf Auszahlungen für den Rückkauf von Aktien in Höhe von 0,4 Mrd. € zurückzuführen. Demgegenüber verringerte sich netto die Rückzahlung von kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten um 1,3 Mrd. €, während sich die Ausschüttungen der OTE um 0,2 Mrd. € sowie der Slovak Telekom um 0,1 Mrd. € verringerten.

Die Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten betraf im Geschäftsjahr 2010 vor allem die Begebung von Medium Term Notes in Höhe von 1,8 Mrd. €, die Begebung eines Eurobonds in Höhe von 1,2 Mrd. €, die Aufnahme von Geldern vom Joint Venture UK in Höhe von netto 0,3 Mrd. €, die Inanspruchnahme eines Kredits bei der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 0,1 Mrd. € sowie die Begebung von Schuldscheindarlehen in Höhe von 0,1 Mrd. €. Im gleichen Zeitraum wurde ein USD-Bond in Höhe von 2,4 Mrd. €, Eurobonds in Höhe von 2,0 Mrd. €, Kredite bei der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 0,6 Mrd. €, Medium Term Notes in Höhe von 0,3 Mrd. € und ein Kredit der KfW Bankengruppe in Höhe von 0,2 Mrd. € zurückgezahlt. Darüber hinaus konnten Rückflüsse aus Sicherungsgeschäften in Höhe von netto 0,5 Mrd. € verzeichnet werden.



32 Segmentberichterstattung.

Der Aufsichtsrat hat am 24. Februar 2010 beschlossen, die Führungsstruktur der beiden bisherigen operativen Segmente Süd- und Osteuropa und Europa neu auszurichten. Am 1. April 2010 wurden die beiden operativen Segmente zum neuen operativen Segment Europa zusammengelegt und umfassen sämtliche Aktivitäten der Festnetz- und Mobilfunk-Gesellschaften der Landesgesellschaften in Griechenland, Rumänien, Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, Kroatien, den Niederlanden, der Slowakei, Österreich, Bulgarien, Albanien, EJR Mazedonien und Montenegro sowie des Joint Venture in Großbritannien. Ebenso dazu gehört der Bereich International Carrier Sales and Services, der hauptsächlich Telekommunikationsvorleistungen für andere operative Segmente im Konzern erbringt. Die Deutsche Telekom berichtet demzufolge seit dem 1. April 2010 die vier operativen Segmente Deutschland, Europa, USA, Systemgeschäft sowie die Konzernzentrale & Shared Services.

Diese Änderungen wurden in den nachfolgenden Tabellen berücksichtigt und Vorjahres- und Vergleichswerte entsprechend angepasst.

Von den vier operativen Segmenten erfolgt bei drei Segmenten eine regionale Aufteilung der Geschäftstätigkeiten, während bei einem Segment eine Kunden- und Produktzuordnung zugrunde liegt.

Das operative Segment **Deutschland** umfasst sämtliche Aktivitäten des Festnetz- und Mobilfunk-Geschäfts in Deutschland. Darüber hinaus erbringt das operative Segment Deutschland Telekommunikationsvorleistungen für andere operative Segmente im Konzern. Das operative Segment **Europa** umfasst sämtliche Aktivitäten aus Festnetz- und Mobilfunk-Geschäft der Landesgesellschaften in Griechenland, Rumänien, Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, Kroatien, den Niederlanden, der Slowakei, Österreich, Bulgarien, Albanien, EJR Mazedonien und Montenegro sowie das Joint Venture in Großbritannien. Ebenso dazu gehört der Bereich International Carrier Sales and Services, der hauptsächlich Telekommunikationsvorleistungen für andere operative Segmente im Konzern erbringt. Das operative Segment **USA** umfasst sämtliche Mobilfunk-Aktivitäten auf dem US-amerikanischen Markt.

Das Festnetz-Geschäft umfasst sämtliche Aktivitäten der Sprach- und Datenkommunikation durch Festnetz- bzw. Breitbandtechnik. Dazu gehören sowohl der Vertrieb von Endgeräten und sonstiger Hardware als auch der Vertrieb der Dienste an Wiederverkäufer.

Das Mobilfunk-Geschäft bietet Privat- und Geschäftskunden mobile Sprach- und Datendienste an. In Verbindung mit den angebotenen Diensten werden zudem Mobilfunk-Endgeräte und andere Hardware vertrieben. Darüber hinaus erfolgt der Vertrieb der T-Mobile Dienste auch an Wiederverkäufer sowie an Gesellschaften, die Netzleistungen einkaufen und selbstständig an Dritte vermarkten (MVNO).

Das operative Segment **Systemgeschäft** bündelt unter der Marke T-Systems das Geschäft für ICT-Produkte und -Lösungen für große multinationale Unternehmen. Das operative Segment bietet seinen Kunden Informations- und Kommunikationstechnik aus einer Hand. Für multinationale Konzerne und öffentliche Institutionen entwickelt und betreibt das operative Segment Infrastruktur- und Branchenlösungen. Das Angebot reicht von Standardprodukten über IP-basierte Hochleistungsnetze bis zur Realisierung kompletter ICT-Lösungen.

Die **Konzernzentrale & Shared Services** besteht aus der „Service Zentrale“ und den Beteiligungen der Deutschen Telekom AG, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind.

In der Überleitung werden die Eliminierungen konzerninterner Verflechtungen zwischen den Segmenten zusammengefasst.

Den Bewertungsgrundsätzen für die Segmentberichterstattung der Deutschen Telekom liegen die im Konzernabschluss verwendeten IFRS zugrunde. Die Deutsche Telekom beurteilt die Leistung der Segmente u. a. anhand des Umsatzes und des Betriebsergebnisses (EBIT). Die Umsätze und Vorleistungen zwischen den Segmenten werden auf Basis von Marktpreisen verrechnet. Segmentvermögen und -schulden umfassen sämtliche Vermögenswerte und Schulden, die auf der Basis der durch die operativen Segmente erstellten und in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse bilanziert werden. Die Segmentinvestitionen beinhalten die Zugänge zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen. Soweit nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen einem Segment direkt zurechenbar sind, werden deren Anteil am Periodenergebnis und deren Buchwert dort angegeben. Im Folgenden werden die von der Deutschen Telekom zur Beurteilung der Leistung der operativen Segmente herangezogenen Steuerungsgrößen und darüber hinausgehende segmentbezogene Größen dargestellt:

		Außen- umsatz	Intersegment- umsatz	Gesamt- umsatz	Betriebs- ergebnis (EBIT)	Zinserträge	Zinsauf- wendungen	Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	Ertrag- steuern
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Deutschland	2010	23 523	1 622	25 145	4 916	24	(600)	-	8
	2009	23 813	1 610	25 423	5 062	172	(107)	2	(13)
	2008	24 754	1 646	26 400	4 624	654	(425)	(1)	16
Europa	2010	16 183	657	16 840	985	147	(840)	(52)	(319)
	2009	18 996	611	19 607	140	218	(666)	7	(582)
	2008	15 295	637	15 932	1 412	289	(420)	7	(282)
USA	2010	16 075	12	16 087	2 092	24	(514)	(1)	(595)
	2009	15 457	14	15 471	2 233	16	(543)	6	(643)
	2008	14 942	15	14 957	2 299	81	(577)	6	(694)
Systemgeschäft	2010	6 411	2 646	9 057	44	23	(31)	(4)	(12)
	2009	6 083	2 715	8 798	(11)	39	(46)	10	(12)
	2008	6 368	2 975	9 343	81	82	(59)	41	(10)
Konzernzentrale & Shared Services	2010	229	1 937	2 166	(2 479)	1 892	(3 089)	-	117
	2009	253	2 157	2 410	(1 249)	1 156	(2 768)	-	(570)
	2008	307	2 474	2 781	(1 266)	1 559	(3 627)	(441)	(476)
Summe	2010	62 421	6 874	69 295	5 558	2 110	(5 074)	(57)	(801)
	2009	64 602	7 107	71 709	6 175	1 601	(4 130)	25	(1 820)
	2008	61 666	7 747	69 413	7 150	2 665	(5 108)	(388)	(1 446)
Überleitung	2010	-	(6 874)	(6 874)	(53)	(1 761)	2 225	-	(134)
	2009	-	(7 107)	(7 107)	(163)	(1 260)	1 234	(1)	38
	2008	-	(7 747)	(7 747)	(110)	(2 257)	2 213	-	18
Konzern	2010	62 421	-	62 421	5 505	349	(2 849)	(57)	(935)
	2009	64 602	-	64 602	6 012	341	(2 896)	24	(1 782)
	2008	61 666	-	61 666	7 040	408	(2 895)	(388)	(1 428)

		Segment- vermögen	Segment- schulden	Segment- investitionen	Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen	Planmäßige Abschreibungen	Wert- minderungen	Anzahl Mitarbeiter (im Durchschnitt)
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Deutschland	2010	35 334	26 111	4 902	26	(4 178)	(15)	79 364
	2009	52 002	16 244	3 221	23	(4 189)	(7)	84 584
	2008	49 797	14 693	3 412	18	(4 164)	(16)	89 961
Europa	2010	46 040	20 334	2 127	7 143	(3 453)	(704)	65 435
	2009	46 759	22 063	4 813	52	(3 772)	(2 385)	69 277
	2008	34 327	10 646	1 940	68	(3 090)	(301)	39 174
USA	2010	38 316	23 056	2 118	24	(2 063)	(1)	37 795
	2009	36 087	19 326	2 494	18	(2 025)	(3)	38 231
	2008	37 213	20 998	3 615	14	(1 863)	(21)	36 076
Systemgeschäft	2010	8 855	5 783	819	49	(619)	(4)	47 588
	2009	8 872	5 932	837	54	(718)	(3)	45 328
	2008	9 280	6 342	846	46	(765)	(16)	46 095
Konzernzentrale & Shared Services	2010	107 357	60 806	675	0	(714)	(126)	22 312
	2009	120 162	78 379	747	0	(660)	(173)	20 181
	2008	116 948	75 764	545	3 411	(646)	(127)	23 581
Summe	2010	235 902	136 090	10 641	7 242	(11 027)	(850)	252 494
	2009	263 882	141 944	12 112	147	(11 364)	(2 571)	257 601
	2008	247 565	128 443	10 358	3 557	(10 528)	(481)	234 887
Überleitung	2010	(108 090)	(51 306)	(302)	-	68	1	-
	2009	(136 108)	(56 107)	(645)	-	41	-	-
	2008	(124 425)	(48 415)	(241)	-	33	1	-
Konzern	2010	127 812	84 784	10 339	7 242	(10 959)	(849)	252 494
	2009	127 774	85 837	11 467	147	(11 323)	(2 571)	257 601
	2008	123 140	80 028	10 117	3 557	(10 495)	(480)	234 887

		Cashflow aus Geschäftstätigkeit Mio. €	Cashflow aus Investitionstätigkeit Mio. €	davon: Cash Capex* Mio. €	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit Mio. €
Deutschland	2010	9 167	(4 977)	(4 765)	(10 023)
	2009	9 777	(2 801)	(3 158)	(3 689)
	2008	9 941	(2 791)	(3 038)	(7 224)
Europa	2010	4 481	(3 045)	(2 012)	(2 839)
	2009	5 034	(1 510)	(2 489)	(6 071)
	2008	4 296	(2 048)	(2 018)	(1 900)
USA	2010	3 691	(1 870)	(2 121)	(1 920)
	2009	3 929	(3 014)	(2 666)	(1 004)
	2008	3 740	(2 892)	(2 540)	(852)
Systemgeschäft	2010	517	(726)	(725)	(373)
	2009	325	(643)	(681)	88
	2008	766	9	(823)	(838)
Konzernzentrale & Shared Services	2010	7 486	3 424	(406)	(5 554)
	2009	6 801	(2 995)	(449)	(2 147)
	2008	3 366	(1 021)	(426)	(1 028)
Summe	2010	25 342	(7 194)	(10 029)	(20 709)
	2009	25 866	(10 963)	(9 443)	(12 823)
	2008	22 109	(8 743)	(8 845)	(11 842)
Überleitung	2010	(10 611)	(3 517)	178	14 340
	2009	(10 071)	2 314	241	7 700
	2008	(6 741)	(2 641)	138	8 745
Konzern	2010	14 731	(10 711)	(9 851)	(6 369)
	2009	15 795	(8 649)	(9 202)	(5 123)
	2008	15 368	(11 384)	(8 707)	(3 097)

* Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte (ohne Goodwill) und Sachanlagen laut Kapitalflussrechnung.

Informationen über geografische Gebiete. Langfristige Vermögenswerte und die Außenumsätze des Konzerns werden nach Regionen aufgeteilt dargestellt. Hierbei handelt es sich um Regionen, in denen die Deutsche Telekom tätig ist: Inland, Europa (ohne Deutschland), Nordamerika und übrige Länder. Die Region „Europa (ohne Deutschland)“ umfasst das gesamte Gebiet der Europäischen Union (ohne Deutschland) sowie die sonstigen Staaten Europas. Die Region „Nordamerika“ setzt sich aus den USA und Kanada zusammen. In der Region „Übrige Länder“ sind alle Staaten erfasst, die weder Deutschland, Europa (ohne Deutschland) noch Nordamerika zugehörig sind. Die Zuordnung der langfristigen Vermögenswerte zu den Regionen wird nach dem Standort des betreffenden Vermögens vorgenommen. Die langfristigen Vermögenswerte umfassen immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen, Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen sowie übrige langfristige Vermögenswerte. Die Zuordnung der Außenumsätze orientiert sich nach dem Standort der jeweiligen Kunden.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen. Die Umsatzerlöse mit externen Kunden für die Gruppen vergleichbarer Produkte und Dienstleistungen entwickelten sich wie folgt:

	Außenumsatz		
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €
Telekommunikation	55 781	58 266	54 991
Systemgeschäft	6 411	6 083	6 368
Sonstige	229	253	307
	62 421	64 602	61 666

	Langfristige Vermögenswerte			Außenumsatz		
	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €
Inland	41 138	40 499	44 385	27 268	28 033	28 885
Ausland	64 607	57 362	55 227	35 153	36 569	32 781
davon:						
Europa (ohne Deutschland)	31 385	26 575	23 854	18 217	20 573	17 324
Nordamerika	33 104	30 717	31 298	16 192	15 527	14 931
Übrige Länder	118	70	75	744	469	526
Konzern	105 745	97 861	99 612	62 421	64 602	61 666

33 Eventualverbindlichkeiten und -forderungen.

Zum Abschlussstichtag bestehen im Konzern Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 771 Mio. € (31. Dezember 2009: 724 Mio. €), die auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse und Einschätzungen die Voraussetzungen zum Ansatz in der Bilanz nicht erfüllen. Die Deutsche Telekom ist im Rahmen ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit an verschiedenen Gerichts- und Schiedsverfahren beteiligt. Die Rechtsberatungskosten und die voraussichtlichen Kosten aufgrund negativer Verfahrensergebnisse wurden als Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigt. Die Deutsche Telekom geht nicht davon aus, dass weitere potenzielle Kosten aus Rechtsberatung und aufgrund von Verfahrensergebnissen wesentliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben werden.

In der oben aufgeführten Summe der Eventualverbindlichkeiten sind neben Einzelfällen, die alleine betrachtet keine wesentlichen Auswirkungen haben, folgende Sachverhalte enthalten:

Sonderzahlung Beamte. Im November 2004 hat die Bundesrepublik Deutschland das Erste Gesetz zur Änderung des Postpersonalrechtsgesetzes (PostPersRG) verabschiedet, das die Notwendigkeit für die Deutsche Telekom und für die anderen Postnachfolgeunternehmen beseitigt hat, den beschäftigten Beamten eine jährliche Sonderzahlung nach dem Bundessonderzahlungsgesetz zu zahlen. Dieses Gesetz wurde in verschiedenen gerichtlichen Instanzen geprüft. Im Dezember 2008 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, den Fall dem Bundesverfassungsgericht zur Normenkontrolle gemäß Art. 100 Grundgesetz vorzulegen. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird für Anfang 2011 erwartet. Sollte entschieden werden, dass die Streichung der Sonderzahlung verfassungswidrig war, könnte das für die Jahre 2004 bis Juni 2009 zu einem Nachzahlungsaufwand von bis zu 0,2 Mrd. € führen.

Verfahren der Europäischen Kommission gegen Slovak Telekom. Die Europäische Kommission hat im April 2009 ein Verfahren eröffnet, um zu untersuchen, ob Slovak Telekom sich missbräuchlich auf dem slowakischen Breitbandmarkt verhalten hat. Nach Angaben der Europäischen Kommission könnte ein solcher Missbrauch u. a. bestehen in Zugangsverweigerungen zur Teilnehmeranschlussleitung sowie anderen Vorleistungen für Breitbandinfrastruktur, Preis-Kosten-Scheren in diesen Bereichen und anderen diskriminierenden Verhaltensweisen wie Bündelungen. Im Dezember 2010 wurde das Verfahren förmlich auf die Deutsche Telekom als Konzern ausgeweitet. Auf dieser Grundlage kann die Deutsche Telekom in die Haftung für eventuelle Verstöße einbezogen werden. Sollte die Europäische Kommission letztlich einen Verstoß gegen europäisches Kartellrecht feststellen, könnte sie Bußgelder gegen Slovak Telekom von 0,1 Mrd. € und auch gegen die Deutsche Telekom festsetzen.

IPR-Klagen gegen ADSL-Technik. Die Deutsche Telekom wurde in vier Klageverfahren wegen Patentverletzungen verklagt, die sich auf DSL-Datenübertragungsverfahren beziehen. Insbesondere richten sich die in den vier Klagen geltend gemachten Patente auf besondere Verfahren, die zur Prüfung der DSL-Kanalqualität, zum Kodieren von Daten und zum Einstellen von Übertragungsraten sowie zur Korrektur von Übertragungsfehlern verwendet werden. Für zwei Patente wurde vor dem Bundespatentgericht erstinstanzlich eine Nichtigkeitsklage erstritten. Gegen ein weiteres läuft eine Nichtigkeitsklage, eine vierte Nichtigkeitsklage ist in Ausarbeitung, wurde aber noch nicht erhoben. Vor dem Verletzungsgericht sind zwei Klagen ausgesetzt, die anderen zwei Klagen terminlos gestellt, sodass zurzeit keine Verhandlungstermine bezüglich der Verletzung existieren. Die Deutsche Telekom ist auf insgesamt 0,1 Mrd. € Streitwert verklagt worden.

Die folgenden Sachverhalte erfüllen ebenfalls auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse und Einschätzungen nicht die Voraussetzungen zum Ansatz in der Bilanz. Da der Konzern aufgrund der bestehenden und im Folgenden beschriebenen Unsicherheiten die Höhe der jeweiligen Eventualverbindlichkeit nicht schätzen kann, sind diese in der zuvor genannten Summe der Eventualverbindlichkeiten allerdings nicht enthalten.

Toll Collect. In dem Schiedsverfahren zwischen den Hauptgesellschaftern des Konsortiums Toll Collect, der Daimler Financial Services AG und der Deutschen Telekom sowie der Konsortialgesellschaft Toll Collect GbR einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits über Streitigkeiten, die mit dem Mauterhebungssystem zusammenhängen, erhielt die Deutsche Telekom die Klageschrift des Bundes am 2. August 2005. Darin machte der Bund einen Anspruch auf entgangene Mauteinnahmen in Höhe von ca. 3,51 Mrd. € nebst Zinsen wegen Verspätung der Aufnahme des Wirkbetriebs zum 1. September 2003 geltend. Die Summe der geltend gemachten Vertragsstrafen wurde in Höhe von 1,65 Mrd. € nebst Zinsen gefordert. Die Vertragsstrafen beruhen auf angeblichen Verletzungen des

Betreibervertrags (fehlender Zustimmung zu Unterauftragnehmerverträgen, verspäteter Bereitstellung von On-Board-Units und Kontrolleinrichtungen). Der Bund hat mit Schriftsatz vom 16. Mai 2008 seine Klageforderung in Bezug auf den Mautausfallschaden neu berechnet und geringfügig um 169 Mio. € nach unten korrigiert. Die neue Klageforderung beträgt nunmehr ca. 3,3 Mrd. € zuzüglich Zinsen. Die Summe aller Hauptforderungen des Bundes (einschließlich Vertragsstrafenansprüchen) beträgt nunmehr ca. 4,99 Mrd. €.

Die Beklagten haben am 30. Juni 2006 die Klageerwidderung eingereicht. Die Klägerin hat dazu mit Schriftsatz vom 14. Februar 2007 Stellung genommen. Nach weiteren Schriftsatzwechselln zwischen den Verfahrensbeteiligten fand im Juni 2008 eine erste mündliche Verhandlung statt, in der das Schiedsgericht rechtliche Fragen mit den Schiedsparteien erörterte, ohne dass hieraus bereits Schlüsse auf den Ausgang des Verfahrens gezogen werden könnten. Die Parteien reichten seitdem weitere Schriftsätze ein. In einer weiteren mündlichen Verhandlung im Dezember 2010 wurden verschiedene Zeugen und Sachverständige angehört. Es wurde eine weitere Schriftsatzfrist für die Parteien bis zum 20. Mai 2011 festgelegt.

- **Garantie von Bankkrediten.** Die Deutsche Telekom AG garantiert gegenüber Dritten bis zu einem Höchstbetrag von 115 Mio. € Bankkredite, die der Toll Collect GmbH gewährt werden. Diese Garantien für Bankkredite haben eine Laufzeit bis zum 31. Mai 2012.
- **Kapitalintakthalteerklärung.** Die Konsortialpartner haben die Verpflichtung, gesamt- und einzelschuldnerisch, weiteres Eigenkapital der Toll Collect GmbH bereitzustellen, um eine Eigenkapitalquote von mindestens 15 % (des nach den Vorschriften des deutschen Handelsrechts aufgestellten Einzelabschlusses) zu gewährleisten (sog. „Kapitalintakthalteerklärung“). Diese Verpflichtung endet mit Ablauf des Betreibervertrags am 31. August 2015 oder früher, falls der Betreibervertrag vorzeitig gekündigt werden sollte.

Im Juni 2006 begann die Bundesrepublik Deutschland damit, die monatlichen Vorauszahlungen der Betreibervergütung an die Toll Collect GmbH partiell in Höhe von 8 Mio. € mit Vertragsstrafenforderungen aufzurechnen, die bereits Gegenstand des vorstehend beschriebenen Schiedsverfahrens sind. Als Folge der Aufrechnung könnte es für die Konsortialmitglieder im weiteren Verlauf erforderlich sein, der Toll Collect GmbH weitere Liquidität zuzuführen.

Die Risiken und Verpflichtungen von Cofiroute, die zu 10 % Anteilseigner an der Toll Collect ist, sind auf den Betrag von 70 Mio. € beschränkt. Die Deutsche Telekom AG und Daimler Financial Services AG sind gesamtschuldnerisch verpflichtet, Cofiroute von weiteren Ansprüchen freizustellen.



Die Deutsche Telekom hält die Ansprüche der Bundesrepublik Deutschland für unbegründet. Darüber hinaus kann die Höhe einer möglichen Inanspruchnahme aus der Kapitalintakthalteerklärung oder aus der beschriebenen Schiedsklage, welche wesentlich sein könnten, aufgrund der oben beschriebenen Unsicherheiten nicht eingeschätzt werden.

Entgelte zu den Teilnehmeranschlussleitungen. Im November 2008 hob das Verwaltungsgericht Köln die Entgeltgenehmigung für die Teilnehmeranschlussleitung (TAL) aus dem Jahr 1999 hinsichtlich der Überlassungsentgelte auf. Sowohl die Deutsche Telekom AG als auch die BNetzA erhoben gegen die Urteile die Nichtzulassungsbeschwerde. Mit Beschluss vom 5. Oktober 2009 wies das BVerwG diese Beschwerden zurück, da es sich bei den aufgeworfenen Rechtsfragen um solche zur alten Rechtslage handelt. Die aufhebenden Urteile des Verwaltungsgerichts Köln wurden dadurch rechtskräftig und das Entgeltverfahren aus 1999 lebt wieder auf, d. h. die BNetzA muss über die TAL-Überlassungsentgelte für den Zeitraum Februar 1999 bis März 2001 neu entscheiden.

Hinsichtlich der TAL-Entgeltgenehmigung 2001 hat das Bundesverwaltungsgericht mit Beschluss vom 23. Juni 2010 auf die Nichtzulassungsbeschwerden der Deutschen Telekom AG und der Bundesnetzagentur (BNetzA) gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 27. August 2009 die Revision bezüglich der TAL-Überlassungsentgelte zugelassen. Bezüglich der TAL-Einmalentgelte für den Zeitraum April 2001 bis März 2002 wies das Gericht die Nichtzulassungsbeschwerden zurück. Demnach wurde das aufhebende Urteil des Verwaltungsgerichts insoweit rechtskräftig und die BNetzA muss erneut über die TAL-Einmalentgelte entscheiden.

In Hinsicht auf die TAL-Einmalentgeltgenehmigung 2002 für den Zeitraum April 2002 bis Juni 2003 hat das Bundesverwaltungsgericht am 30. Juni 2010 die Nichtzulassungsbeschwerden der Deutschen Telekom AG und der BNetzA gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 19. November 2009 zurückgewiesen. Mit Beschluss vom 19. Januar 2011 genehmigte die BNetzA gegenüber den Klägerinnen neue Entgelte für den genannten Zeitraum.

Auch alle übrigen Entscheidungen der BNetzA zu TAL-Entgelten seit 1999 wurden von den Wettbewerbern angefochten und sind bis auf die TAL-Einmalentgelte 1999 daher nicht bestandskräftig.

Untersuchung von Verträgen in EJR Mazedonien und Montenegro. Im Rahmen der Abschlussprüfung der Magyar Telekom für das Geschäftsjahr 2005 wurden Verträge identifiziert, deren angemessener wirtschaftlicher Hintergrund seinerzeit nicht vollständig festgestellt werden konnte. Der Prüfungsausschuss der Magyar Telekom beauftragte eine unabhängige Rechtsanwaltskanzlei, betreffende Verträge auf ihre Rechtmäßigkeit zu untersuchen. Magyar Telekom informierte die US-Behörden (Department of Justice und Securities and Exchange Commission (SEC)), die dann ein Ermittlungsverfahren wegen möglicher Verstöße gegen den Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) einleiteten. Magyar Telekom und die als Konzernobergesellschaft betroffene Deutsche Telekom haben diese Ermittlungen umfangreich unterstützt sowie ihr eigenes Compliance-Programm überprüft und weiter verbessert. Die anwaltlichen Vertreter der Magyar Telekom und der Deutschen Telekom besprechen gegenwärtig mit den US-Behörden den Ermittlungsstand und die Möglichkeiten einer Verfahrensbeendigung. Das Ergebnis dieser Gespräche kann nicht vorhergesehen werden. Kommt eine einvernehmliche Verfahrensbeendigung nicht zustande, kann derzeit nicht abgeschätzt werden, ob und ggf. welche weiteren Maßnahmen die US-Behörden ergreifen werden. In Zusammenhang mit einem Rechtshilfesuchen der US-Behörden hat die Staatsanwaltschaft Bonn ein eigenes Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Verfahren der Anti-Monopol Kommission in Polen. Die polnische Anti-Monopol Kommission (UOKiK) hat im Jahr 2010 mehrere Verfahren gegen verschiedene polnische Telekommunikationsunternehmen eröffnet, u. a. auch gegen die PTC. Die UOKiK ist zum einen der Auffassung, dass zwischen den Anbietern kollusives Zusammenwirken stattgefunden hat. Zum anderen wirft die UOKiK der PTC vor, verschiedene Verstöße gegen Kundeninteressen begangen zu haben. In beiden Fällen ist die maximale Strafsumme in Polen gesetzlich festgeschrieben und bemisst sich auf 10 % der Erlöse aus Telekommunikationsleistungen oder auf 10 % der steuerlich geltend zu machenden Erlöse.

OTE Lannet Case. Lannet Communications SA hat im Mai 2009 Klage eingereicht und fordert Schadensersatz in Höhe von 176 Mio. € aufgrund der angeblich rechtswidrigen Kündigung von Leistungen (hauptsächlich Zusammenschaltungsleistungen, Entbündelung von TAL und Vermietung von Standleitungen) seitens der OTE. Eine Anhörung vor dem zuständigen Gericht soll am 17. Februar 2011 stattfinden.

IPR-Risiken. Die Deutsche Telekom sieht sich – wie viele andere große Telekommunikations-/Internetanbieter auch – einer tendenziell wachsenden Zahl von IPR-Streitfällen (IPR Intellectual Property Rights) ausgesetzt. Für die Deutsche Telekom besteht das Risiko der Zahlung von Lizenzgebühren und/oder Schadensersatz. In einigen Fällen droht auch die Verurteilung zur Unterlassung.

Eventualforderung. Die Deutsche Telekom hat eine Eventualforderung in Höhe von 0,1 Mrd. € gegenüber dem deutschen Hauptzollamt.

34 Angaben zu Leasingverhältnissen.

Die Deutsche Telekom als Leasingnehmer.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse. Sofern die Deutsche Telekom als Leasingnehmer die wesentlichen Chancen und Risiken aus einem Leasingverhältnis trägt, setzt sie die Leasinggegenstände in der Bilanz im Zugangszeitpunkt mit dem beizulegenden Zeitwert oder dem niedrigeren Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen an. Die im Rahmen von Finanzierungs-Leasingverhältnissen in der Bilanz angesetzten Leasinggegenstände betreffen überwiegend langfristige Miet-/Pachtverträge für Bürogebäude. Die Vertragslaufzeit umfasst dabei üblicherweise bis zu 25 Jahre. Die Verträge enthalten Verlängerungs- und Kaufoptionen. Die zum Abschlussstichtag bestehenden Nettobuchwerte der im Rahmen eines Finanzierungsleasings aktivierten Leasinggegenstände können der nebenstehenden Darstellung entnommen werden:

	31.12.2010	davon: Sale and Leaseback	31.12.2009	davon: Sale and Leaseback
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Grundstücke und Gebäude	954	539	1 035	591
Technische Anlagen und Maschinen	91	3	35	9
Sonstiges	15	1	21	0
Nettobuchwert der aktivierten Leasinggegenstände	1 060	543	1 091	600

Die Deutsche Telekom setzt im Zugangszeitpunkt des Leasinggegenstands zugleich eine Leasingverbindlichkeit an, die in ihrer Höhe dem Buchwert des Leasinggegenstands entspricht. In den Folgeperioden mindern – unter Anwendung der Effektivzinsmethode – die an die jeweiligen Leasinggeber zu zahlenden Leasingraten in Höhe des Tilgungsanteils die Leasingverbindlichkeit. Der Zinsanteil der Zahlungen wird ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Werte:

	Mindestleasingzahlungen		Enthaltener Zinsanteil		Barwerte	
	Gesamt Mio. €	davon: Sale and Leaseback Mio. €	Gesamt Mio. €	davon: Sale and Leaseback Mio. €	Gesamt Mio. €	davon: Sale and Leaseback Mio. €
31.12.2010						
Fälligkeit						
Bis 1 Jahr	235	106	93	63	142	43
1 bis 3 Jahre	405	213	185	114	220	99
3 bis 5 Jahre	360	211	154	96	206	115
Über 5 Jahre	1 279	758	447	290	832	468
	2 279	1 288	879	563	1 400	725
31.12.2009						
Fälligkeit						
Bis 1 Jahr	231	114	110	66	121	48
1 bis 3 Jahre	387	211	202	120	185	91
3 bis 5 Jahre	358	213	154	104	204	109
Über 5 Jahre	1 415	860	502	334	913	526
	2 391	1 398	968	624	1 423	774

Operating-Leasingverhältnisse. Das wirtschaftliche Eigentum an Leasinggeschäften verbleibt beim Leasinggeber, wenn dieser die mit dem Leasinggegenstand verbundenen wesentlichen Chancen und Risiken trägt. Der Leasinggeber setzt den Leasinggegenstand in seiner Bilanz an. Die Deutsche Telekom erfasst während des Zeitraums des Operating-Leasingverhältnisses gezahlte Leasingraten erfolgswirksam. Die Verpflichtungen der Deutschen Telekom aus Operating-Leasingverhältnissen betreffen überwiegend langfristige Miet-/Pachtverträge für Netzinfrastruktur, Funktürme und Immobilien.

Einige Verträge beinhalten Verlängerungsoptionen und Staffelmieten. Diese betreffen im Wesentlichen Leasingverhältnisse für Funktürme in den USA. Im Geschäftsjahr 2010 (zum 30. Juni 2010) hat die Deutsche Telekom eine Änderung der Einschätzung zur Laufzeit der bestehenden Operating-Leasingverhältnisse in den USA bezüglich der Ausübung von Verlängerungsoptionen vorgenommen. Aufgrund einer geänderten Marktsituation und neuer technischer Rahmenbedingungen ist eine Ausübung von Verlängerungsoptionen entgegen der ursprünglichen Einschätzung lediglich bis zu einer Gesamtlaufzeit von 15 Jahren als hinreichend sicher anzusehen. Das entspricht einer Reduzierung zur ursprünglichen Einschätzung, bei der eine Gesamtlaufzeit zwischen 20 und 25 Jahren erwartet wurde. Als Resultat dieser Schätzungsänderung verringerten sich die erwarteten künftigen Mindestleasingzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen im operativen Segment USA um 11,4 Mrd. USD (31. Dezember 2010: 8,5 Mrd. €; 31. Dezember 2009: 7,9 Mrd. €).

Die erfolgswirksam erfassten Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen betragen zum Jahresende 2,2 Mrd. € (2009: 2,1 Mrd. €; 2008: 2,0 Mrd. €). Im Einzelnen ergeben sich folgende Werte für künftige Verpflichtungen aus Operating-Leasinggeschäften:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
Fälligkeit		
Bis 1 Jahr	2 627	2 553
1 bis 3 Jahre	4 502	4 195
3 bis 5 Jahre	3 767	3 325
Über 5 Jahre	6 767	14 475
	17 663	24 548

In den Verpflichtungen aus Operating-Leasingverträgen zum 31. Dezember 2009 sind die Verpflichtungen der T-Mobile UK, die als „zur Veräußerung gehalten“ ausgewiesen war, nicht enthalten.

Die Deutsche Telekom als Leasinggeber.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse. Die Deutsche Telekom tritt als Leasinggeber im Rahmen von Finanzierungs-Leasingverhältnissen auf. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Vermietung von Routern, die den Kunden der Deutschen Telekom für Daten- und Telefonnetzwerk-lösungen bereitgestellt werden. Die Deutsche Telekom setzt eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts aus dem Leasingverhältnis an. Die von den jeweiligen Leasingnehmern gezahlten Leasingraten werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode in einen Zins- und Tilgungsanteil aufgeteilt. Die Forderung aus dem Leasingverhältnis wird vermindert um die erhaltenen Tilgungsanteile fortgeschrieben. Der Zinsanteil der Zahlungen wird als Finanzertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Ableitung des Nettoinvestitionswerts aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen kann der folgenden Übersicht entnommen werden:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
Mindestleasingzahlungen	328	307
Nicht garantierter Restwert	-	-
Bruttoinvestition	328	307
Noch nicht realisierter Finanzertrag	(39)	(43)
Nettoinvestition (Barwert der Mindestleasingzahlungen)	289	264

Die Bruttoinvestition und der Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen sind in folgender Übersicht dargestellt:

	31.12.2010		31.12.2009	
	Brutto- investition Mio. €	Barwert der Mindest- leasing- zahlungen Mio. €	Brutto- investition Mio. €	Barwert der Mindest- leasing- zahlungen Mio. €
Fälligkeit				
Bis 1 Jahr	126	110	98	83
1 bis 3 Jahre	142	124	131	112
3 bis 5 Jahre	55	50	57	49
Über 5 Jahre	5	5	21	20
	328	289	307	264

Operating-Leasingverhältnisse. Die Deutsche Telekom tritt als Leasinggeber im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen auf und setzt die überlassenen Vermögenswerte weiterhin in ihrer Bilanz an. Die erhaltenen Leasingraten werden erfolgswirksam erfasst. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Vermietung von Gebäudeflächen oder Funktürmen. Die Verträge haben eine Vertragslaufzeit von durchschnittlich zehn Jahren. Die zukünftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
Fälligkeit		
Bis 1 Jahr	359	338
1 bis 3 Jahre	456	406
3 bis 5 Jahre	346	318
Über 5 Jahre	756	624
	1 917	1 686

Vereinbarungen, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt kein Leasingverhältnis darstellen. Die Telekom Deutschland GmbH (firmierte damals als T-Mobile Deutschland GmbH) hat 2002 für wesentliche Teile ihres GSM-Mobilfunk-Netzwerks sog. Lease-in-lease-out-Verträge (QTE-Mietverträge) geschlossen (Volumen 0,8 Mrd. USD). Vertragspartner waren vier, nach einer vorzeitigen, einvernehmlichen Vertragsauflösung in 2009 noch drei US-Trusts, hinter denen jeweils US-Investoren stehen. Die Telekom Deutschland GmbH ist im Rahmen von Haupt-Mietverträgen verpflichtet, dem jeweiligen US-Trust für die Dauer von 30 Jahren die ungestörte Nutzungsmöglichkeit an den Mietgegenständen einzuräumen. Nach Ablauf der Haupt-Mietverträge haben die US-Trusts das Recht, die Netzteile für einen Kaufpreis von jeweils 1,00 USD zu erwerben. Im Gegenzug hat die Telekom Deutschland GmbH im Rahmen von Unter-Mietverträgen die jeweiligen Netzteile für 16 Jahre zurückgemietet. Nach rund 13 Jahren hat sie die Option, die Rechte des jeweiligen US-Trusts aus den Haupt-Mietverträgen zu erwerben (Kaufoption). Bei Ausübung der Kaufoption gehen alle Rechte des jeweiligen US-Trusts an den Mietgegenständen auf die Telekom Deutschland GmbH über. In diesem Fall stünde die Telekom Deutschland GmbH auf beiden Seiten des jeweiligen Haupt-Mietvertrags, sodass dieser dann jeweils durch Konfusion erlöschen würde.

35 Mid-Term Incentive Pläne (MTIP)/ „Phantom-Share“ Plan/ Aktienorientierte Vergütungssysteme.

Innerhalb des Konzerns gibt es verschiedene Aktienoptionspläne, Mid-Term Incentive Pläne und „Phantom-Share“ Pläne, die insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. der Cashflows des Konzerns haben. Der Aufwand aus aktienbasierten Vergütungssystemen im Berichtsjahr betrug 47 Mio. € (2009: 31 Mio. €; 2008: 96 Mio. €). Die Rückstellungen belaufen sich zum Abschlussstichtag auf 68 Mio. € (31. Dezember 2009: 78 Mio. €).

Mid-Term Incentive Pläne (MTIP)/ „Phantom-Share“ Plan.

Innerhalb des Konzerns existieren für Vorstandsmitglieder und Senior Executives sowie weitere Berechtigte Mid-Term Incentive Pläne (MTIP) und ein „Phantom-Share“ Plan (PSP).

Mid-Term Incentive Pläne. Der MTIP der Deutschen Telekom AG ist ein cash-basierter Plan, der an zwei gleich gewichtete aktienbezogene Erfolgsparameter – einen absoluten und einen relativen – gebunden ist. Werden beide Erfolgsziele erfüllt, so wird den Planteilnehmern der gesamte durch das jeweilige Arbeitgeberunternehmen ausgelobte Betrag ausgezahlt; wird ein Erfolgsziel erreicht, werden 50 % des ausgelobten Betrags ausgezahlt; wird keines der beiden Erfolgsziele erreicht, erfolgt keine Auszahlung.

Das absolute Erfolgsziel ist erfüllt, wenn am Ende der einzelnen Pläne der Aktienkurs der T-Aktie um mindestens 30 % im Vergleich zum Kurs der T-Aktie bei Planbeginn gestiegen ist. Maßstab für die Betrachtung sind die nicht gewichteten Durchschnitte der T-Aktie (auf Basis der Schlusskurse der T-Aktie im Xetra-Handel) der Deutschen Börse AG während der letzten 20 Börsenhandelstage vor Planbeginn bzw. vor Planende.

Das relative Erfolgsziel ist erfüllt, wenn sich der Total Return der T-Aktie während der jeweiligen Planlaufzeit prozentual besser entwickelt hat als der Dow Jones EURO STOXX® Total Return Index im gleichen Zeitraum. Maßstab sind die nicht gewichteten Durchschnitte der T-Aktie (auf Basis der Schlusskurse der T-Aktie im Xetra-Handel) zuzüglich des in die T-Aktie reinvestierten Werts der Dividendenzahlungen, der Bonusaktien etc. sowie die nicht gewichteten Durchschnitte des Dow Jones EURO STOXX® Total Return Index, jeweils während der letzten 20 Börsenhandelstage vor Planbeginn bzw. vor Planende.



Nach Ablauf der Laufzeit der einzelnen Pläne stellt der Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG die Zielerreichung des absoluten sowie des relativen Erfolgsziels für den Vorstand fest. Auf dieser Grundlage stellt der Vorstand die Zielerreichung einheitlich für die Deutsche Telekom und alle teilnehmenden Unternehmen fest und kommuniziert diese. Im Anschluss an die Feststellung der Zielerreichung erfolgt bei Erreichung eines oder beider Ziele unabhängig voneinander die Auszahlung an die Planteilnehmer.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats hat in seiner Sitzung am 3. Februar 2010 und der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. Februar 2010 festgestellt, dass in der Tranche 2007 des MTIP die relative Planhürde erreicht worden ist. Somit wurden 50 % des Auslobungsvolumens der Tranche 2007 im Jahr 2010 ausgezahlt.

MTIP- Planjahr	Maximales Budget	Planlaufzeit	Aktienkurs zu Planbeginn	Absolutes Erfolgsziel	Ausgangs- wert des Index
	Mio. €	Jahre	€	€	
2008	83	3	15,11	19,64	601,59
2009	55	3	11,01	14,31	328,55
2010	57	3	10,29	13,38	417,62

Der anteilig als Aufwand zu erfassende Betrag wird nach dem Monte-Carlo-Modell berechnet.

Der MTIP von **Magyar Telekom** basiert grundsätzlich auf dem gleichen Modell, das für den MTIP der Deutschen Telekom AG gilt, allerdings mit der Ausnahme, dass der Erfolg an die Kursentwicklung der Magyar Telekom Aktien und an den Dow Jones EURO STOXX® Total Return Index gebunden ist. Darüber hinaus ist das absolute Erfolgsziel dann erfüllt, wenn am Ende der einzelnen Pläne der Aktienkurs der Magyar Telekom Aktie um mindestens 35 % im Vergleich zum Kurs der Magyar Telekom Aktie bei Planbeginn gestiegen ist. Derzeit sind die Pläne 2008 bis 2010 offen.

Der MTIP von **Hrvatski Telekom** basiert grundsätzlich auf dem gleichen Modell, das für den MTIP der Deutschen Telekom AG gilt. Allerdings ist das absolute Erfolgsziel für den MTIP 2008 das EBITDA und das relative Erfolgsziel ein kombinierter Index aus einem Korb von Telekommunikationsaktien. Für den MTIP 2010 ist das absolute Erfolgsziel der 30-prozentige Anstieg der HT-Aktie.

PTC hat ein Performance Cash Plan Program in Form von Long-Term Incentive Plänen (LTIP) aufgelegt. Hierbei handelt es sich um eine zusätzliche Zahlung zur Vergütung in Form einer Deferred Compensation, die sich nach den Bestimmungen des LTIP richtet und für Mitarbeiter bestimmt ist, deren Arbeit eine besondere Bedeutung für den Unternehmenswert darstellt. Teilnahmeberechtigt am LTIP sind grundsätzlich Leistungsträger bestimmter Führungsebenen. Ihre individuelle Teilnahme am jeweiligen Plan wird von der Geschäftsführung der PTC bestimmt. Der jeweilige Plan umfasst einen Zeitraum von drei aufeinander folgenden Zyklen, welche jeweils vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember laufen. Die Auszahlung des Plans erfolgt nach drei Jahren und richtet sich nach der Erreichung des jeweiligen EBITDA-Ziels (EBITDA-Hürde). Zudem gibt es für jeden Zyklus einen Bonus. Die Höhe des Bonus richtet sich nach der Zielerreichung und wird für jeden Zyklus gesondert ermittelt. Derzeit sind die Pläne 2008 bis 2010 offen.

„Phantom-Share“ Plan (PSP). T-Mobile USA hat einen Phantom-Share Plan (PSP) als Long-Term Incentive Plan (LTIP) auf revolvierender Basis für die Jahre 2005 bis 2010 aufgelegt, der das Topmanagement begünstigt. Im Rahmen dieses PSPs gewährt T-Mobile USA leistungsorientierte Cash Bonus Awards. Die vollständige oder teilweise Vergabe dieser Awards orientiert sich am Kundenwachstum; dabei wird eine gleitende Skala von 60 % bis 150 % hinsichtlich der ursprünglichen Anzahl der gewährten virtuellen Aktien (Phantom-Shares) zugrunde gelegt. Der Wert einer Phantom-Share erhöht oder vermindert sich ausgehend von ihrem Nennwert in Höhe von 10 USD je Aktie im Verhältnis zur Veränderung des geschätzten Enterprise Value der T-Mobile USA in der Performance-Periode. Der Wert eines Awards ergibt sich aus der Multiplikation der Anzahl der realisierten Phantom-Shares mit dem Schätzwert einer Phantom-Share. Die Awards werden anteilmäßig über eine Performance-Periode von zwei oder drei Jahren realisiert und ausgezahlt.

Aktionsoptionspläne.

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über alle bestehenden Aktienoptionspläne im Konzern:

Gesellschaft	Plan	Ausgabe-jahr	Zugesagte Aktienoptionen Tsd. Stück	Sperrfrist Jahre	Vertragliche Laufzeit Jahre	Gewichteter Ausübungspreis	Aktienpreis bei Zusage	Maximalpreis bei SAR	Klassifizierung/ Bilanzierung	
Deutsche Telekom AG	AOP 2001	2001	8 221	2 - 3	10	30,00 €	19,10 €		equity settled	
		2002	3 928	2 - 3	10	12,36 €	10,30 €		equity settled	
	SAR	2001	165	2 - 3	10	30,00 €	19,10 €	50,00 €	cash settled	
		2002	3	2 - 3	10	12,36 €	10,30 €	20,60 €	cash settled	
Deutsche Telekom AG (T-Online International AG)	AOP 2001	2001	2 369	2 - 3	10	10,35 €	8,28 €		cash settled	
		2002	2 067	2 - 6	10	10,26 €	8,21 €		cash settled	
T-Mobile USA	AOP	2001	24 278	bis zu 4	maximal 10	15,36 US-\$			cash settled	
		2002	5 964	bis zu 4	maximal 10	13,35 US-\$			cash settled	
		2003	1 715	bis zu 4	maximal 10	12,86 US-\$			cash settled	
	Powertel T-Mobile USA/ Powertel	2001	5 323	bis zu 4	maximal 10	20,04 US-\$			cash settled	
		2004	230	bis zu 4	maximal 10	19,64 US-\$			cash settled	
OTE-Gruppe	Cosmote-Gruppe	2005 - 2007	3 440	bis zu 3	6	14,90 €	15,48 €		equity settled	
		OTE originär 2008	2008	3 142	bis zu 3	maximal 6	15,70 €	21,38 €		equity settled
		OTE-Gruppe 2008	2009	3 226	bis zu 3	maximal 6	16,20 €	10,40 €		equity settled
			2010	4 671	bis zu 3	maximal 6	9,32 €	11,26 €		equity settled

Deutsche Telekom AG. Der Aktienoptionsplan 2001 (AOP 2001) führte zur Ausgabe von Aktienoptionen im August 2001 und im Juli 2002. Des Weiteren wurden Mitarbeitern in den Ländern, in denen es rechtlich nicht möglich war, Aktienoptionen auszugeben, Rechte auf einen Barausgleich an Stelle von Aktien gewährt (Stock Appreciation Rights; „SAR“).

Deutsche Telekom AG (vormals T-Online International AG (vor Verschmelzung)). Mit dem Eintrag in das Handelsregister am 6. Juni 2006 wurde die Verschmelzung der T-Online International AG auf die Deutsche Telekom AG wirksam. Die Deutsche Telekom AG war gemäß Umwandlungsgesetz verpflichtet, den Inhabern der Aktienoptionen „gleichwertige Rechte“ zu gewähren. Dementsprechend ist im Verschmelzungsvertrag vereinbart worden, dass jedes Optionsrecht gemäß dem vertraglich bestimmten Umtauschverhältnis zum Bezug von 0,52 Stückaktien der Deutschen Telekom AG zu dem in den Optionsbedingungen jeweils genannten Ausübungspreis berechtigt. Der Vorstand hat am 2. August 2005 auf der Grundlage des Verschmelzungsvertrags beschlossen, dass zur Gewährung gleichwertiger Rechte zukünftig ein Barausgleich vorgenommen wird. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat im Verfahren zur Überprüfung der Angemessenheit des Umtauschverhältnisses bei der Verschmelzung der T-Online International AG auf die Deutsche Telekom AG mit Beschluss vom 3. September 2010 entschieden, dass die Deutsche Telekom eine

bare Zuzahlung in Höhe von 1,15 € je Aktie an ehemalige T-Online Aktionäre leisten muss. Entsprechend den Regelungen des Verschmelzungsvertrags mindert diese bare Zuzahlung den – jeweils in den Optionsbedingungen genannten – Ausübungspreis. Der um die bare Zuzahlung geminderte Ausübungspreis für die Tranche 2001 beträgt 9,20 €; für die Tranche 2002 beträgt der geminderte Ausübungspreis 9,11 €.

T-Mobile USA. Vor der Akquisition von T-Mobile USA (vormals VoiceStream und Powertel) am 31. Mai 2001 hatten die Unternehmen Aktienoptionen an ihre Mitarbeiter im Rahmen des „Management Incentive Stock Option Plan“ („MISOP“) von 1999 ausgegeben. Die Pläne wurden zum 1. Januar 2004 zu einem T-Mobile Plan zusammengeführt. Das Umtauschverhältnis für die VoiceStream Aktien betrug 3,7647 und für die Powertel Aktie 2,6353 je Aktie. Der Plan ist zwischenzeitlich ausgelaufen, und es können keine neuen Optionen mehr ausgegeben werden. Mit Vorstandsbeschluss vom 15. Juni 2010 macht der Vorstand der Deutschen Telekom AG künftig bei diesen Aktienoptionen von der Möglichkeit eines Barausgleichs Gebrauch.

Aus den einzelnen Aktienoptionsplänen resultiert im Geschäftsjahr 2010 folgende Entwicklung der Optionsrechte:

	Equity settled			Cash settled	
	Deutsche Telekom AG	OTE-Gruppe	Deutsche Telekom AG	Deutsche Telekom AG (T-Online International AG)	T-Mobile USA
	Aktienoptionen Tsd. Stück	Aktienoptionen Tsd. Stück	SAR Tsd. Stück	Aktienoptionen Tsd. Stück	Aktienoptionen Tsd. Stück
Ausstehende/Ausübbar Aktienoptionen 1. Januar 2010	8 057	8 675	134	2 346	5 403
Gewährt	-	4 671	-	-	-
Ausgeübt	-	-	-	-	209
Verfallen	1 357	666	2	325	2 152
Ausstehende Aktienoptionen 31. Dezember 2010	6 700	12 680	132	2 021	3 042
Ausübbar Aktienoptionen 31. Dezember 2010	6 700	6 713	132	2 021	3 042
Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis zum 31. Dezember 2010 (ausstehende Aktienoptionen)	23,44 €	13,44 €	29,93 €	9,15 €	20,22 US-\$
Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis zum 31. Dezember 2010 (ausübbar Aktienoptionen)	23,44 €	15,00 €	29,93 €	9,15 €	20,22 US-\$

Zum 31. Dezember 2010 weisen die Optionen folgende Merkmale auf:

	Deutsche Telekom AG			Deutsche Telekom AG (T-Online International AG)		OTE-Gruppe	
	Anzahl	Vertragliche Restlaufzeit	Anzahl	Vertragliche Restlaufzeit	Anzahl	Vertragliche Restlaufzeit	
Spanne der Ausübungspreise	Tsd. Stück	Jahre*	Tsd. Stück	Jahre*	Tsd. Stück	Jahre*	
€							
8 - 20	2 493	1,5	2 021	1,1	12 680	3,5	
21 - 40	4 207	0,6	-	-	-	-	
	6 700	1,0	2 021	1,1	12 680	3,5	

* Gewichteter Durchschnitt.


T-Mobile USA		
Spanne der Ausübungspreise	Anzahl	Vertragliche Restlaufzeit
US-\$	Tsd. Stück	Jahre*
0,02 - 15,19	948	1,3
15,20 - 30,39	2 083	0,2
30,40 - 34,19	11	0,1
34,20 - 38,00	-	-
	3 042	0,5

* Gewichteter Durchschnitt.

36 Angaben zu Finanzinstrumenten.

Buchwerte, Wertansätze und beizulegende Zeitwerte nach Bewertungskategorien.

	Bewertungs- kategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2010 Mio. €	Wertansatz Bilanz nach IAS 39			
			Fortgeführte Anschaffungs- kosten Mio. €	Anschaffungs- kosten Mio. €	Beizulegender Zeitwert erfolgsneutral Mio. €	Beizulegender Zeitwert erfolgswirksam Mio. €
Aktiva						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	2 808	2 808			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	6 766	6 766			
Sonstige Forderungen	LaR/n. a.	2 628	2 340			
Sonstige originäre finanzielle Vermögenswerte						
Held-to-Maturity Investments	HtM	91	91			
Available-for-Sale Financial Assets	AfS	513		335	178	
Derivative finanzielle Vermögenswerte						
Derivate ohne Hedge-Beziehung	FAHFT	560				560
Derivate mit Hedge-Beziehung	n. a.	275			131	144
Passiva						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	6 737	6 737			
Anleihen und sonstige verbriefte Verbindlichkeiten	FLAC	38 190	38 190			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	4 190	4 190			
Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen	FLAC	1 164	1 164			
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	FLAC	1 838	1 838			
Sonstige unverzinsliche Verbindlichkeiten	FLAC	3 193	3 193			
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	n. a.	1 400				
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Derivate ohne Hedge-Beziehung (Held for Trading)	FLHFT	249				249
Derivate mit Hedge-Beziehung (Hedge Accounting)	n. a.	322			322	
Davon aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39:						
Loans and Receivables (LaR)		11 914	11 914			
Held-to-Maturity Investments (HtM)		91	91			
Available-for-Sale Financial Assets (AfS)		513		335	178	
Financial Assets Held for Trading (FAHFT)		560				560
Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (FLAC)		55 312	55 312			
Financial Liabilities Held for Trading (FLHFT)		249				249

*  Siehe dazu ausführlich Angabe 8.



Wertansatz Bilanz nach IAS 17	Beizulegender Zeitwert 31.12.2010	Bewertungskategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2009	Wertansatz Bilanz nach IAS 39				Wertansatz Bilanz nach IAS 17	Beizulegender Zeitwert 31.12.2009
				Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Beizulegender Zeitwert erfolgsneutral	Beizulegender Zeitwert erfolgswirksam		
Mio. €	Mio. €		Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
	2 808	LaR	5 022	5 022				5 022	
	6 766	LaR	6 643	6 643				6 643	
288	2 628	LaR/n.a.	2 003	1 739			264	2 003	
	91	HtM	80	80				80	
	178*	AfS	609		411	198		198*	
	560	FAHfT	653				653	653	
	275	n.a.	395			170	225	395	
	6 737	FLAC	6 294	6 294				6 294	
	41 806	FLAC	38 508	38 508				41 813	
	4 346	FLAC	4 718	4 718				4 864	
	1 326	FLAC	1 057	1 057				1 205	
	1 838	FLAC	1 511	1 511				1 562	
	3 193	FLAC	2 995	2 995				2 995	
1 400	1 671	n.a.	1 423				1 423	1 703	
	249	FLHfT	730				730	730	
	322	n.a.	249			197	52	249	
	11 914		13 404	13 404				13 404	
	91		80	80				80	
	178*		609		411	198		198*	
	560		653				653	653	
	59 246		55 083	55 083				58 733	
	249		730				730	730	

Bewertungsklassen nach IFRS 7.27.

	31.12.2010				31.12.2009			
	Level 1 Mio. €	Level 2 Mio. €	Level 3 Mio. €	Summe Mio. €	Level 1 Mio. €	Level 2 Mio. €	Level 3 Mio. €	Summe Mio. €
Aktiva								
Available-for-Sale Financial Assets (AFS)		178		178		198		198
Financial Assets Held for Trading (FAHFT)		560		560		653		653
Derivative finanzielle Vermögenswerte mit Hedge-Beziehung		275		275		395		395
Passiva								
Financial Liabilities Held for Trading (FLHFT)		249		249		730		730
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten mit Hedge-Beziehung		322		322		249		249

▣ Weitere Erläuterungen zu den Bewertungsklassen sind dem Abschnitt „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Änderungen der Berichtsstruktur“ des Kapitels „Grundlagen und Methoden“ zu entnehmen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert.

Die beizulegenden Zeitwerte von sonstigen langfristigen Forderungen sowie von bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr entsprechen den Barwerten der mit den Vermögenswerten verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Zinsparameter, welche markt- und partnerbezogene Veränderungen der Konditionen und Erwartungen reflektieren.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar.

Die beizulegenden Zeitwerte der börsennotierten Anleihen und sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten entsprechen den Nominalwerten multipliziert mit den Kursnotierungen zum Abschlussstichtag.

Die beizulegenden Zeitwerte von nicht börsennotierten Anleihen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen und sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten werden als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Zinsstrukturkurve sowie der währungsdifferenziert bestimmten Credit-Spread-Kurve der Deutschen Telekom ermittelt.



Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien.

	aus Zinsen, Dividenden	aus der Folgebewertung			aus Abgang	Nettoergebnis	
	Mio. €	zum beizulegenden Zeitwert Mio. €	Währungs- umrechnung Mio. €	Wert- berichtigung Mio. €	Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Loans and Receivables (LaR)	77		1 301	(749)		629	(779)
Held-to-Maturity Investments (HTM)	2					2	7
Available-for-Sale Financial Assets (AFS)	45			(101)	14	(42)	45
Financial Instruments Held for Trading (FAHfT und FLHfT)	n. a.	654				654	(79)
Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (FLAC)	(2 646)		(1 716)			(4 362)	(2 574)
	(2 522)	654	(415)	(850)	14	(3 119)	(3 380)

Die Zinsen aus Finanzinstrumenten werden im Zinsergebnis, die Dividenden im sonstigen Finanzergebnis (Beteiligungsergebnis) ausgewiesen (vgl. Angabe 22 und 24). Die übrigen Komponenten des Nettoergebnisses erfasst die Deutsche Telekom im sonstigen Finanzergebnis. Davon ausgenommen sind die der Bewertungskategorie Loans and Receivables zuzuordnenden Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (vgl. Angabe 2), die unter den Vertriebskosten ausgewiesen werden. In das Ergebnis aus der Folgebewertung der Finanzinstrumente, die der Bewertungskategorie Held for Trading zugeordnet sind (Gewinne in Höhe von netto 654 Mio. €), gehen sowohl Zins- als auch Währungseffekte ein. Die Gewinne aus der Währungsumrechnung von den der Bewertungskategorie Loans and Receivables zugeordneten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von netto 1 301 Mio. € resultieren überwiegend aus der konzerninternen Weiterleitung von Darlehen, welche die Finanzierungsgesellschaft der Deutschen Telekom, die Deutsche Telekom International Finance B.V., in Fremdwährung am Kapitalmarkt aufnimmt. Diesen stehen entsprechende Währungskursverluste aus den Kapitalmarktverbindlichkeiten gegenüber (1 716 Mio. €). Das Zinsergebnis aus finanziellen Verbindlichkeiten der Bewertungskategorie Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (Aufwendungen in Höhe von netto 2 646 Mio. €) schließt im Wesentlichen Zinsaufwendungen aus Anleihen und aus sonstigen (verbrieften) Finanzverbindlichkeiten ein. Ferner werden darunter auch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung und Zinserträge aus der Abzinsung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen subsumiert. Nicht enthalten sind jedoch die Zinsaufwendungen und Zinserträge aus Zinsderivaten, welche die Deutsche Telekom in der Berichtsperiode im Rahmen von Fair Value Hedges als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des Zeitwertrisikos finanzieller Verbindlichkeiten eingesetzt hat (vgl. Angabe 22).

37 Risikomanagement, Finanzderivate und weitere Angaben zum Kapitalmanagement.

Grundsätze des Risikomanagements. Die Deutsche Telekom unterliegt hinsichtlich ihrer Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und geplanten Transaktionen insbesondere Risiken aus der Veränderung der Wechselkurse, der Zinssätze und der Börsenkurse. Ziel des finanziellen Risikomanagements ist es, diese Marktrisiken durch die laufenden operativen und finanzorientierten Aktivitäten zu begrenzen. Hierzu werden je nach Einschätzung des Risikos ausgewählte derivative und nicht derivative Sicherungsinstrumente eingesetzt. Grundsätzlich werden jedoch nur die Risiken besichert, die Auswirkungen auf den Cashflow des Konzerns haben. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich als Sicherungsinstrumente genutzt, d. h. für Handels- oder andere spekulative Zwecke kommen sie nicht zum Einsatz. Zur Minderung des Ausfallrisikos werden die Sicherungsgeschäfte grundsätzlich nur mit führenden Finanzinstituten mit einem Kreditrating von mindestens BBB+/Baa1 abgeschlossen. Zudem wird über eine Limitverwaltung, die abhängig vom Rating, der Aktienkursentwicklung und Credit Default Swap-Level des Kontrahenten individuell bestimmte relative und absolute Größen des Risikoausmaßes festlegt, das Ausfallrisiko bei Finanzinstrumenten mit positivem Marktwert minimiert.

Die Grundzüge der Finanzpolitik werden vom Vorstand festgelegt und vom Aufsichtsrat überwacht. Die Umsetzung der Finanzpolitik sowie das laufende Risikomanagement obliegen der Konzern-Treasury. Bestimmte Transaktionen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch den Vorstand, der darüber hinaus regelmäßig über den Umfang und den Betrag des aktuellen Risikoausmaßes informiert wird.

Die Treasury betrachtet das effektive Management des Marktrisikos als eine ihrer Hauptaufgaben. Um die Auswirkungen unterschiedlicher Gegebenheiten am Markt einschätzen zu können, werden Simulationsrechnungen unter Verwendung verschiedener Worst-Case- und Markt-Szenarien vorgenommen.

Währungsrisiken. Die Währungskursrisiken der Deutschen Telekom resultieren aus Investitionen, Finanzierungsmaßnahmen und operativen Tätigkeiten. Risiken aus Fremdwährungen werden gesichert, soweit sie die Cashflows des Konzerns beeinflussen. Fremdwährungsrisiken, die die Cashflows des Konzerns nicht beeinflussen (d. h. die Risiken, die aus der Umrechnung des Abschlusses der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausländischer Unternehmenseinheiten in die Konzern-Berichtserstattungswährung resultieren), bleiben hingegen grundsätzlich ungesichert. Unter Umständen kann die Deutsche Telekom jedoch auch dieses Fremdwährungsrisiko besichern.

Fremdwährungsrisiken im Investitionsbereich resultieren u. a. aus dem Erwerb und der Veräußerung von Beteiligungen an ausländischen Unternehmen. Die Deutsche Telekom sichert diese Risiken. Falls die Risikoposition 100 Mio. € übersteigt, obliegt die Sicherungsstrategie einer speziellen Entscheidung des Vorstands. Liegt die Risikoposition unter 100 Mio. €, führt die Konzern-Treasury die Währungssicherung selbstständig durch. Zum Abschlussstichtag unterlag die Deutsche Telekom keinen wesentlichen Risiken aus auf Fremdwährung lautenden Transaktionen im Investitionsbereich.

Fremdwährungsrisiken im Finanzierungsbereich resultieren aus finanziellen Verbindlichkeiten in Fremdwährung und aus Darlehen in Fremdwährung, die zur Finanzierung an Konzerngesellschaften ausgereicht werden. Die Treasury sichert diese Risiken vollständig. Zur Umwandlung von auf fremde Währung lautenden finanziellen Verpflichtungen und konzerninternen Darlehen in die funktionalen Währungen der Konzernunternehmen werden Zins-/Währungsswaps und Devisenderivate eingesetzt.

Zum Abschlussstichtag bestehen die auf ausländische Währungen lautenden Verbindlichkeiten, für die Währungsrisiken gesichert sind, in erster Linie aus Anleihen und Medium Term Notes in Schweizer Franken, Tschechischen Koruna, Japanischen Yen, Britischen Pfund und US-Dollar. Die Deutsche Telekom war aufgrund dieser Sicherungsaktivitäten zum Abschlussstichtag keinen wesentlichen Währungskursrisiken im Finanzierungsbereich ausgesetzt.

Im operativen Bereich wickeln die Konzernunternehmen ihre Aktivitäten überwiegend in ihrer jeweiligen funktionalen Währung ab. Auszahlungen, die außerhalb der jeweiligen funktionalen Währung erfolgen, führen zu Fremdwährungsrisiken im Konzern. Diese betreffen im Wesentlichen Zahlungen für die Beschaffung von Netztechnik und Mobilfunk-Geräten sowie Zahlungen an internationale Telekommunikationsgesellschaften für die Bereitstellung von Anschlussleistungen. Zur Sicherung setzt die Deutsche Telekom Devisenderivate oder vereinzelt Devisenoptionen ein. Die Deutsche Telekom war aufgrund dieser Sicherungsaktivitäten zum Abschlussstichtag keinen wesentlichen Währungskursrisiken im operativen Bereich ausgesetzt.

Zur Darstellung von Marktrisiken verlangt IFRS 7 Sensitivitätsanalysen, welche Auswirkungen hypothetischer Änderungen von relevanten Risikovariablen auf Ergebnis und Eigenkapital zeigen. Neben Währungsrisiken unterliegt die Deutsche Telekom Zinsänderungsrisiken und Preisrisiken von Beteiligungen. Die periodischen Auswirkungen werden bestimmt, indem die hypothetischen Änderungen der Risikovariablen auf den Bestand der Finanzinstrumente zum Abschlussstichtag bezogen werden. Dabei wird unterstellt, dass der Bestand zum Abschlussstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist.



Währungsrisiken im Sinne von IFRS 7 entstehen durch Finanzinstrumente, welche in einer von der funktionalen Währung abweichenden Währung denominiert und monetärer Art sind; wechsellkursbedingte Differenzen aus der Umrechnung von Abschlüssen in die Konzernwährung bleiben unberücksichtigt. Als relevante Risikovariablen gelten grundsätzlich alle nicht funktionalen Währungen, in denen die Deutsche Telekom Finanzinstrumente kontrahiert hat.

Den Währungssensitivitätsanalysen liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

Wesentliche originäre monetäre Finanzinstrumente (Flüssige Mittel, Forderungen, verzinsliche Wertpapiere bzw. gehaltene Fremdkapitalinstrumente, verzinsliche Schulden, Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen, unverzinsliche Verbindlichkeiten) sind entweder unmittelbar in funktionaler Währung denominiert oder werden durch den Einsatz von Derivaten in die funktionale Währung transferiert. Währungskursänderungen haben daher keine Auswirkungen auf Ergebnis oder Eigenkapital.

Im Bestand befindliche unverzinsliche Wertpapiere bzw. gehaltene Eigenkapitalinstrumente sind nicht monetär und demnach mit keinem Währungsrisiko im Sinne des IFRS 7 verbunden.

Zinserträge und -aufwendungen aus Finanzinstrumenten werden ebenfalls entweder direkt in funktionaler Währung erfasst oder mittels Derivateinsatz in die funktionale Währung überführt. Daher können auch diesbezüglich keine Auswirkungen auf die betrachteten Größen entstehen.

Bei zur Absicherung von Währungsrisiken designierten Fair Value Hedges gleichen sich die wechsellkursbedingten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft nahezu vollständig in derselben Periode in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Demzufolge sind auch diese Finanzinstrumente nicht mit Währungsrisiken in Bezug auf Ergebnis- oder Eigenkapitalwirkung verbunden.

Zins-/Währungsswaps sind stets originären Grundgeschäften zugeordnet, sodass auch aus diesen Instrumenten keine Währungswirkungen entstehen.

Die Deutsche Telekom ist demnach nur Währungsrisiken aus bestimmten Devisenderivaten ausgesetzt. Dabei handelt es sich zum einen um Devisenderivate, die in eine wirksame Cash Flow Hedge Beziehung zur Absicherung wechsellkursbedingter Zahlungsschwankungen nach IAS 39 eingebunden sind. Kursänderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Währungen haben Auswirkungen auf die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und auf den beizulegenden Zeitwert dieser Sicherungsgeschäfte. Zum anderen handelt es sich um die Devisenderivate, welche weder in eine Sicherungsbeziehung nach IAS 39 noch in eine Sicherungsbeziehung mit bilanzwirksamen Grundgeschäften (Natural Hedge) eingebunden sind.

Diese Derivate dienen der Sicherung von Planpositionen. Kursänderungen der solchen Finanzinstrumenten zugrunde liegenden Währungen wirken sich auf das sonstige Finanzergebnis (Bewertungsergebnis aus der Anpassung der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an den beizulegenden Zeitwert) aus.

Wenn der Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Britischen Pfund, der indonesischen Rupiah und dem malaysischen Ringgit zum 31. Dezember 2010 um 10 % aufgewertet (abgewertet) gewesen wäre, wären die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und die beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsgeschäfte vor Steuern um 38 Mio. € niedriger (höher) (31. Dezember 2009: 70 Mio. € niedriger (höher)) gewesen. Die hypothetische Ergebnisauswirkung von – 38 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus den Währungssensitivitäten EUR/USD: – 22 Mio. €; EUR/GBP: – 15 Mio. €.

Wenn der Euro gegenüber sämtlichen Währungen zum 31. Dezember 2010 um 10 % aufgewertet (abgewertet) gewesen wäre, wären das sonstige Finanzergebnis und die beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsgeschäfte vor Steuern um 17 Mio. € höher (niedriger) (31. Dezember 2009: 11 Mio. € niedriger (höher)) gewesen. Die hypothetische Ergebnisauswirkung von 17 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus den Währungssensitivitäten EUR/USD: – 48 Mio. €; EUR/PLN: 46 Mio. €; EUR/HUF: 10 Mio. € und EUR/CZK: 9 Mio. €.

Zinsrisiken. Die Deutsche Telekom unterliegt Zinsrisiken hauptsächlich in der Eurozone und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Um die Auswirkungen von Zinsschwankungen in diesen Regionen zu minimieren, managt die Deutsche Telekom das Zinsrisiko für die auf Euro und den US-Dollar lautenden Netto-Finanzverbindlichkeiten getrennt. Einmal im Jahr legt der Vorstand für einen Zeitraum von drei Jahren die gewünschte Mischung aus fest und variabel verzinslichen Netto-Finanzverbindlichkeiten fest. Unter Berücksichtigung der gegebenen und der geplanten Schuldenstruktur setzt die Treasury Zinsderivate ein, um so die Zinsausstattung für die Netto-Finanzverbindlichkeiten der vom Vorstand vorgegebenen Zusammensetzung anzupassen.

Aufgrund der derivativen Sicherungsgeschäfte waren in 2010 durchschnittlich 65 % (2009: 72 %) der auf Euro lautenden und 61 % (2009: 73 %) der auf US-Dollar lautenden Netto-Finanzverbindlichkeiten festverzinslich. Der durchschnittliche Wert ist repräsentativ für das Gesamtjahr.

Zinsänderungsrisiken werden gemäß IFRS 7 mittels Sensitivitätsanalysen dargestellt. Diese stellen die Effekte von Änderungen der Marktzinssätze auf Zinszahlungen, Zinserträge und -aufwendungen, andere Ergebnisteile sowie ggf. auf das Eigenkapital dar. Den Zinsensitivitätsanalysen liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

Marktzinssatzänderungen von originären Finanzinstrumenten mit fester Verzinsung wirken sich nur dann auf das Ergebnis aus, wenn diese zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Demnach unterliegen alle zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente mit fester Verzinsung keinen Zinsänderungsrisiken im Sinne von IFRS 7.

Bei zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken designierten Fair Value Hedges gleichen sich die zinsbedingten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft nahezu vollständig in derselben Periode in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Demzufolge sind zinsbedingte Marktbewertungsänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft weitestgehend ergebnisneutral und unterliegen deshalb keinen Zinsänderungsrisiken.

Marktzinssatzänderungen betreffen bei Zinsderivaten in Fair Value Hedges jedoch die Höhe der Zinszahlungen und wirken sich damit auf das Zinsergebnis aus und gehen demzufolge in die Berechnung der ergebnisbezogenen Sensitivitäten ein.

Marktzinssatzänderungen von Finanzinstrumenten, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen eines Cash Flow Hedges zur Absicherung zinsbedingter Zahlungsschwankungen designiert wurden, haben Auswirkungen auf die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und werden daher bei den eigenkapitalbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Marktzinssatzänderungen wirken sich auf das Zinsergebnis von originären variabel verzinslichen Finanzinstrumenten, deren Zinszahlungen nicht als Grundgeschäfte im Rahmen von Cash Flow Hedges gegen Zinsänderungsrisiken designiert sind, aus und gehen demzufolge in die Berechnung der ergebnisbezogenen Sensitivitäten mit ein.

Marktzinssatzänderungen von Zinsderivaten (Zinsswaps, Zins-/Währungsswaps), die nicht in eine Sicherungsbeziehung nach IAS 39 eingebunden sind, haben Auswirkungen auf das sonstige Finanzergebnis und werden daher bei den ergebnisbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt. Währungsderivate unterliegen keinen Zinsänderungsrisiken und haben daher keinen Einfluss auf die Zinssensitivitäten.

Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2010 um 100 Basispunkte höher (niedriger) gewesen wäre, wäre das Ergebnis vor Steuern um 249 Mio. € (31. Dezember 2009: 194 Mio. €) geringer (höher) gewesen. Die hypothetische Ergebnisauswirkung von – 249 Mio. € ergibt sich aus den potenziellen Effekten aus Zinsderivaten von – 228 Mio. € und originären variabel verzinslichen Finanzschulden von – 21 Mio. €. Die potenziellen Effekte aus Zinsderivaten werden teilweise kompensiert durch gegenläufige Wertentwicklungen bei nicht derivativen Finanzinstrumenten, die jedoch aufgrund der Rechnungslegungsvorschriften nicht abgebildet werden. Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2010 um 100 Basispunkte höher (niedriger) gewesen wäre, wäre das kumulierte sonstige Konzernergebnis vor Steuern um 164 Mio. € (31. Dezember 2009: 104 Mio. €) höher (geringer) gewesen.

Sonstige Preisrisiken. IFRS 7 verlangt im Rahmen der Darstellung zu Marktrisiken auch Angaben darüber, wie sich hypothetische Änderungen von Risikovariablen auf Preise von Finanzinstrumenten auswirken. Als Risikovariablen kommen insbesondere Börsenkurse oder Indizes in Frage.

Zum 31. Dezember 2010 hatte die Deutsche Telekom keine wesentliche als zur Veräußerung verfügbar kategorisierte Beteiligung im Bestand.

Ausfallrisiken. Die Deutsche Telekom ist aus ihrem operativen Geschäft und aus bestimmten Finanzierungsaktivitäten einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Im Finanzierungsbereich werden Geschäfte nur mit Kontrahenten mit einem Kreditrating von mindestens BBB+/Baa1 abgeschlossen, verbunden mit einem laufenden Bonitätsmanagement-System. Im operativen Geschäft werden die Außenstände bereichsbezogen, also dezentral, fortlaufend überwacht. Ausfallrisiken wird mittels Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Das Geschäft mit Großkunden, insbesondere internationalen Carriern, unterliegt einer gesonderten Bonitätsüberwachung. Gemessen an dem gesamten Risikoausmaß aus dem Ausfallrisiko sind die Forderungen gegenüber diesen Kontrahenten jedoch nicht so groß, als dass sie außerordentliche Risikokonzentrationen begründen würden.

Das maximale Ausfallrisiko wird zum einen durch die Buchwerte der in der Bilanz angesetzten finanziellen Vermögenswerte (einschließlich derivativer Finanzinstrumente mit positivem Marktwert) wiedergegeben. Mit Ausnahme der in Angabe 1 und Angabe 8 genannten Collateralverträge liegen zum Abschlussstichtag keine wesentlichen, das maximale Ausfallrisiko mindern den Vereinbarungen (wie z. B. Aufrechnungsvereinbarungen) vor. Zum anderen ist die Deutsche Telekom auch durch die Gewährung finanzieller Garantien einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Zum Abschlussstichtag waren Garantiebeträge im Nominalvolumen von insgesamt 115 Mio. € (31. Dezember 2009: 41 Mio. €) zugesagt.

Risiken aus Finanzierungszusage. Die Deutsche Telekom hat eine von der Everything Everywhere emittierte Anleihe mit einem Nominalbetrag von 625 Mio. GBP erworben. Die Deutsche Telekom ist der Everything Everywhere gegenüber verpflichtet, diese am 30. November 2011 fällige Finanzierung bis Ende März 2012 in derselben Höhe weiterhin zur Verfügung zu stellen, wobei die Anschlussfinanzierung zu dann marktüblichen Konditionen zu gewähren ist und auch in Form einer Garantie- oder Bürgschaftsübernahme erfolgen kann. Der Nominalbetrag von 625 Mio. GBP stellt das maximale Ausfallrisiko aus dieser Finanzierungszusage dar.

Liquiditätsrisiken.  Vgl. dazu Angabe 10.



Sicherungsmaßnahmen.

Fair Value Hedges. Zur Sicherung des Zeitwertrisikos festverzinslicher Verbindlichkeiten hat die Deutsche Telekom im Wesentlichen Zinsswaps und Forward-Zinsswaps („Zahle variabel – Empfänge fix“) in CHF, EUR, GBP, JPY und USD eingesetzt. Als Grundgeschäfte wurden festverzinsliche CHF-, EUR-, GBP-, JPY- und USD-Anleihen/MTNs designed. Die Wertänderungen der Grundgeschäfte, die sich aus den Veränderungen der CHFLibor-, Euribor-, GBPLibor-, JPYLibor- bzw. USDLibor Swap-Rate ergeben, werden durch die Wertänderungen der Zinsswaps ausgeglichen. Mit den Sicherungsmaßnahmen wird das Ziel verfolgt, die festverzinslichen Anleihen in variabel verzinsliche Finanzschulden zu transformieren und damit den beizulegenden Zeitwert der finanziellen Verbindlichkeiten zu sichern. Bonitätsrisiken sind nicht Teil der Sicherung.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird prospektiv und retrospektiv zu jedem Abschlussstichtag mit einem Effektivitätstest mit statistischen Methoden in Form einer Regressionsrechnung überprüft. Alle Sicherungsbeziehungen, deren Wirksamkeit mit statistischen Methoden überprüft wird, waren zum Abschlussstichtag effektiv.

Wie der Auflistung zu den beizulegenden Zeitwerten von derivativen Finanzinstrumenten zu entnehmen ist (siehe Tabelle Abschnitt Derivative Finanzinstrumente), waren bei der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2010 Zinsderivate in Höhe von saldiert +0,1 Mrd. € (2009: +0,2 Mrd. €) als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Fair Value Hedges designed. Aus der Buchwertanpassung der Grundgeschäfte resultieren im Geschäftsjahr 2010 im sonstigen Finanzergebnis erfasste Verluste von 0,3 Mrd. € (2009: Gewinne von 0,3 Mrd. €), aus den Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsgeschäfte wurden Gewinne von 0,3 Mrd. € (2009: Verluste von 0,3 Mrd. €) im sonstigen Finanzergebnis erfasst.

Cash Flow Hedges – Zinsänderungsrisiken. Zur Sicherung des Zahlungsstromrisikos variabel verzinslicher Verbindlichkeiten hat die Deutsche Telekom Payer-Zinsswaps und Forward Payer-Zinsswaps („Zahle fix – Empfänge variabel“) abgeschlossen. Die Zahlungsstromänderungen der Grundgeschäfte, die sich aus den Veränderungen der Euribor- bzw. Libor-Rate ergeben, werden durch die Zahlungsstromänderungen der Zinsswaps ausgeglichen. Mit den Sicherungsmaßnahmen wird das Ziel verfolgt, die variabel verzinslichen Anleihen in festverzinsliche Finanzschulden zu transformieren und damit den Zahlungsstrom aus den finanziellen Verbindlichkeiten zu sichern. Bonitätsrisiken sind nicht Teil der Sicherung.

In 2010 hat die Deutsche Telekom Forward Payer-Zinsswaps für erwartete Transaktionen in 2012 in Höhe von 3,0 Mrd. € abgeschlossen. Die folgende Tabelle zeigt die in 2010 neu in eine Hedge-Beziehung genommenen vertraglichen Fälligkeiten der Zahlungen der o. a. Forward Payer-Zinsswaps.

Start	Ende	Nominalvolumen	Referenzzins
16. Januar 2012	16. Januar 2015	3 000 Mio. €	6-Monats Euribor

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird prospektiv und retrospektiv mit einem Effektivitätstest mit statistischen Methoden in Form einer Regressionsrechnung überprüft. In der Berichtsperiode wurde eine Ineffektivität aus Cash Flow Hedges in Höhe von – 16 Mio. € erfolgswirksam erfasst (2009: 0 Mio. €). Alle Sicherungsbeziehungen dieser Art waren zum Abschlussstichtag hinreichend effektiv.

Wie der Auflistung zu den beizulegenden Zeitwerten von derivativen Finanzinstrumenten zu entnehmen ist (siehe Tabelle Abschnitt Derivative Finanzinstrumente), waren bei der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2010 Zinsderivate mit einem beizulegenden Zeitwert von – 0,3 Mrd. € (2009: – 0,1 Mrd. €) und einem Nominalvolumen von 6,7 Mrd. € (2009: 3,7 Mrd. €) als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cash Flow Hedges designed. Die Laufzeiten der Sicherungsbeziehungen enden in den Jahren 2012 bis 2015. Aus der erfolgsneutralen Realisierung der Wertveränderung der Sicherungsgeschäfte resultieren im Geschäftsjahr 2010 in der Neubewertungsrücklage erfasste Verluste von 0,1 Mrd. € (2009: Verluste von 0,1 Mrd. €). Im Geschäftsjahr 2010 wurden im Eigenkapital erfasste Verluste in Höhe von 56 Mio. € (2009: Verluste in Höhe von 41 Mio. €) in das sonstige Finanzergebnis transferiert.

Cash Flow Hedges – Währungsrisiken. Zur Sicherung nicht in funktionaler Währung denominierter Zahlungsströme hat die Deutsche Telekom Devisenderivate und Zins-/Währungsswaps abgeschlossen. In 2010 wurden Zins-/Währungsswaps in CHF/EUR – im Gesamtvolumen von 0,4 Mrd. CHF und einem EUR-Gegenwert von 0,3 Mrd. € sowie Zins-/Währungsswaps in EUR/GBP – im Gesamtvolumen von 0,9 Mrd. GBP und einem EUR-Gegenwert von 1,0 Mrd. € abgeschlossen. Die Laufzeit der in 2010 abgeschlossenen CHF/EUR-Fremdwährungsderivate endet in 2016, während die in 2010 abgeschlossenen EUR/GBP-Fremdwährungsderivate unterschiedliche Fälligkeiten zwischen 2012 und 2030 aufweisen. Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird prospektiv und retrospektiv mit einem Effektivitätstest mit statistischen Methoden in Form einer Regressionsrechnung überprüft. Die Sicherungsbeziehung war zum Abschlussstichtag effektiv.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden aus der Veränderung der beizulegenden Zeitwerte von Devisenderivaten resultierende Gewinne von insgesamt 238 Mio. € (2009: Gewinne von 26 Mio. €) im Eigenkapital (Sicherungsrücklage) erfasst. Diese Wertänderungen stellen den effektiven Teil der Sicherungsbeziehung dar. Im Geschäftsjahr 2010 wurden im Eigenkapital erfasste Gewinne in Höhe von 98 Mio. € (2009: Gewinne von 32 Mio. €) in das sonstige Finanzergebnis transferiert. Die Sicherungsmaßnahmen waren bis zum Abschlussstichtag mit keinen wesentlichen Ineffektivitäten verbunden.

Wie der Auflistung zu den beizulegenden Zeitwerten von derivativen Finanzinstrumenten zu entnehmen ist (siehe Tabelle Abschnitt Derivative Finanzinstrumente), waren bei der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2010 Devisentermingeschäfte mit einem beizulegenden Zeitwert von saldiert – 43 Mio. € (2009: – 2 Mio. €) und einem Gesamtvolumen von 0,3 Mrd. € (2009: 0,7 Mrd. €) sowie Zins-/Währungsswaps mit einem beizulegenden Zeitwert von saldiert + 0,1 Mrd. € (2009: + 0,1 Mrd. €) und einem Gesamtvolumen von 2,1 Mrd. € (2009: 1,9 Mrd. €) als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cash Flow Hedges designiert. Die Laufzeiten der Sicherungsbeziehungen enden in den Jahren 2011 bis 2030.

Derivative Finanzinstrumente. In der folgenden Tabelle sind die bilanzierten beizulegenden Zeitwerte der verschiedenen derivativen Finanzinstrumente dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob diese in eine wirkungsvolle Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 (Fair Value Hedge, Cash Flow Hedge) eingebunden sind oder nicht. Sonstige Derivate können zudem eingebettet (d. h. Bestandteil eines zusammengesetzten Instruments, welches einen nicht derivativen Basisvertrag enthält) sein.

	Buchwerte 31.12.2010 Mio. €	Buchwerte 31.12.2009 Mio. €
Aktiva		
Zinsswaps		
– Ohne Hedge-Beziehung	43	94
– In Verbindung mit Fair Value Hedges	144	225
– In Verbindung mit Cash Flow Hedges	0	0
Devisentermingeschäfte/Devisenswaps		
– Ohne Hedge-Beziehung	53	91
– In Verbindung mit Cash Flow Hedges	13	15
Zins-/Währungsswaps		
– Ohne Hedge-Beziehung	464	468
– In Verbindung mit Cash Flow Hedges	118	155
Sonstige Derivate in Verbindung mit Cash Flow Hedges	0	0
Passiva		
Zinsswaps		
– Ohne Hedge-Beziehung	12	80
– In Verbindung mit Fair Value Hedges	–	52
– In Verbindung mit Cash Flow Hedges	266	142
Devisentermingeschäfte/Devisenswaps		
– Ohne Hedge-Beziehung	43	46
– In Verbindung mit Cash Flow Hedges	56	17
Zins-/Währungsswaps		
– Ohne Hedge-Beziehung	184	555
– In Verbindung mit Cash Flow Hedges	–	32
Sonstige Derivate in Verbindung mit Cash Flow Hedges	–	6
Eingebettete Derivate	10	49

Angaben zum Kapitalmanagement. Vorrangiges Ziel des Kapitalmanagements des Konzerns ist es, sicherzustellen, dass auch in Zukunft die Schuldentilgungsfähigkeit und die finanzielle Substanz des Konzerns erhalten bleiben.

Eine wichtige Kennzahl des Kapitalmanagements ist das Gearing, das die Netto-Finanzverbindlichkeiten ins Verhältnis zum Eigenkapital gemäß Konzern-Bilanz setzt. Die Netto-Finanzverbindlichkeiten werden von der Deutschen Telekom als eine wichtige Kenngröße gegenüber Investoren, Analysten und Ratingagenturen verwendet. Diese Kenngröße ist nicht Bestandteil der Rechnungslegungsvorschriften nach den International Financial Reporting Standards und kann in der Definition und Berechnung dieser Größe bei anderen Unternehmen abweichend sein. Das Gearing blieb zum 31. Dezember 2010 im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 1,0. Der Zielkorridor für diese Größe liegt zwischen 0,8 und 1,2.

Herleitung der Netto-Finanzverbindlichkeiten; Eigenkapital.

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
Anleihen	38 190	38 508
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4 190	4 718
Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen	1 164	1 057
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	561	924
Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen	1 934	1 909
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	1 279	1 001
Brutto-Finanzverbindlichkeiten	47 318	48 117
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2 808	5 022
Finanzielle Vermögenswerte		
Available-for-Sale/Held for Trading	75	162
Derivative finanzielle Vermögenswerte	835	1 048
Andere finanzielle Vermögenswerte	1 331	974
Netto-Finanzverbindlichkeiten	42 269	40 911
Eigenkapital gemäß Konzern-Bilanz	43 028	41 937



38 Angaben zu den Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Bundesrepublik Deutschland und andere nahe stehende Unternehmen.

Die Bundesrepublik Deutschland (Bund) ist direkt und indirekt (über die KfW Bankengruppe) mit insgesamt rund 32,0 % (31. Dezember 2009: 31,7 %) an der Deutschen Telekom AG beteiligt. Da der Bund trotz seiner Minderheitsbeteiligung aufgrund der durchschnittlichen Hauptversammlungspräsenz eine sichere Hauptversammlungsmehrheit besitzt, ist ein Abhängigkeitsverhältnis der Deutschen Telekom gegenüber dem Bund begründet. Daher gelten der Bund und die von ihm beherrschten Unternehmen bzw. Unternehmen, bei denen der Bund wesentlichen Einfluss ausüben kann, als nahe stehende Personen/Unternehmen der Deutschen Telekom, dazu zählen auch der Konzern Deutsche Post DHL und der Commerzbank-Konzern.

Der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (Bundesanstalt) sind per Gesetz bestimmte Aufgaben übertragen worden, die unternehmensübergreifende Angelegenheiten der Deutschen Telekom AG sowie der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG betreffen. Die Bundesanstalt führt u. a. die Postbeamtenkrankenkasse, das Erholungswerk, die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) und das Betreuungswerk für die Deutsche Telekom AG, die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG. Die Koordinations- und Verwaltungsaufgaben werden auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen wahrgenommen. Für das Geschäftsjahr 2010 wurden von der Deutschen Telekom Zahlungen in Höhe von 59 Mio. € (2009: 56 Mio. €; 2008: 55 Mio. €) geleistet. Zahlungen erfolgen zudem nach den Vorschriften des Postneuordnungsgesetzes an die Unterstützungskasse (☐ Angabe 12).

Der Bund und die von ihm beherrschten Unternehmen bzw. Unternehmen, bei denen der Bund wesentlichen Einfluss ausüben kann, sind Kunden der Deutschen Telekom und nehmen als solche Dienste des Unternehmens in Anspruch. Die Geschäftsbeziehungen der Deutschen Telekom bestehen jeweils unmittelbar zu den einzelnen Unternehmen, Behörden und sonstigen staatlichen Stellen als voneinander unabhängigen Einzelkunden. Die Deutsche Telekom hat im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Telekommunikationsdienste und ähnliche Services erbracht, während die vom Bund beherrschten Unternehmen bzw. Unternehmen, bei denen der Bund wesentlichen Einfluss ausüben kann, ebenfalls im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Dienstleistungen, insbesondere Beförderungsleistungen und Finanzdienstleistungen, an Unternehmen der Deutschen Telekom erbracht haben.

Im Geschäftsjahr 2010 hatte die Deutsche Telekom keine für sich einzeln betrachtet wesentlichen Transaktionen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zu den vom Bund beherrschten Unternehmen bzw. Unternehmen, bei denen der Bund wesentlichen Einfluss ausüben kann.

Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen. Die Deutsche Telekom steht mit zahlreichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen in Geschäftsbeziehungen.

Gegenüber dem am 1. April 2010 gegründeten Gemeinschaftsunternehmen Everything Everywhere erzielte die Deutsche Telekom im Geschäftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von 0,1 Mrd. €. Daneben hat die Deutsche Telekom eine von der Everything Everywhere emittierte Anleihe mit einem Nominalbetrag von 625 Mio. GBP erworben. Die Deutsche Telekom ist der Everything Everywhere gegenüber verpflichtet, diese am 30. November 2011 fällige Finanzierung bis Ende März 2012 in derselben Höhe weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Gegenüber dem Gemeinschaftsunternehmen Toll Collect erzielte die Deutsche Telekom im Geschäftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von 0,1 Mrd. € (2009: 0,1 Mrd. €; 2008: 0,1 Mrd. €). ☐ Weitere Erläuterungen finden sich in Angabe 33.

Natürliche nahe stehende Personen. ☐ Zu Angaben zur Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat wird auf die Angabe 39 verwiesen. Daneben haben keine wesentlichen Transaktionen mit natürlichen nahe stehenden Personen stattgefunden.

39 Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat.

Vergütung des Vorstands.

Bei den nachfolgenden Angaben zur Vorstandsvergütung handelt es sich um die Anhangangaben nach § 314 Handelsgesetzbuch (HGB), dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 (DRS 17), IAS 24 sowie um die Angaben aufgrund der Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Veränderungen im Vorstand und Vertragsverlängerungen. Am 17. Dezember 2009 hat der Aufsichtsrat dem Wunsch von Hamid Akhavan entsprochen, sein Vorstandsmandat mit Wirkung zum 15. Februar 2010 niederzulegen. Der Aufsichtsrat der Deutschen Telekom hat am 29. Januar 2010 dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, die Zuständigkeiten für die bisherigen Aufgabenbereiche von Hamid Akhavan zunächst kommissarisch zu regeln. Dazu haben die Vorstandsmitglieder Guido Kerkhoff und Reinhard Clemens kommissarisch die Aufgaben von Hamid Akhavan übernommen. Guido Kerkhoff war seit dem 15. Februar 2010 kommissarisch für das operative Segment Europa (Großbritannien, die Niederlande, Österreich, Polen und die Tschechische Republik) sowie International Sales und Service zuständig. Reinhard Clemens übernahm ab diesem Zeitpunkt konzernübergreifend die Führung der restlichen Bereiche des Chief Operating Office (COO) wie Produkte & Innovation, Technik, IT und Einkauf – dies ebenfalls kommissarisch.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Telekom hat am 24. Februar 2010 dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, den Zuständigkeitsbereich von Guido Kerkhoff dauerhaft zu erweitern. Guido Kerkhoff verantwortet seit dem 1. April 2010 neben dem operativen Segment Süd- und Osteuropa das operative Segment Europa. Das bisherige Vorstandsressort Chief Operating Office (COO) wurde entsprechend verändert. Seit dem 1. April 2010 sind diese beiden operativen Segmente zusammengeführt und werden unter dem Namen operatives Segment Europa fortgeführt.

In der Aufsichtsratsitzung am 2. Mai 2010 hat der Aufsichtsrat Edward R. Kozel mit Wirkung zum 3. Mai 2010 zum neuen Vorstand der Deutschen Telekom bestellt. Edward R. Kozel übernimmt als Vorstand Technologie und Innovation/Chief Technology and Innovation Officer (CTIO) und verantwortet damit die Bereiche Technik, IT, Einkauf sowie Produkte & Innovation für das Standardgeschäft (Privat- und Geschäftskunden).

Das am 21. Oktober 2010 endende Mandat von Dr. Manfred Balz wurde mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 17. Dezember 2009 um zwei weitere Jahre verlängert.

Der Aufsichtsrat hat mit Beschluss vom 16. Dezember 2010 den am 31. Oktober 2011 endenden Vorstandsvertrag von René Obermann um weitere fünf Jahre verlängert.

Änderung der Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat hat am 24. Februar 2010 ein neues System zur Vergütung der Vorstandsmitglieder beschlossen. Umgesetzt wurden dabei die seit dem 5. August 2009 geltenden Regelungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG). Die Hauptversammlung der Deutschen Telekom AG vom 3. Mai 2010 billigte dieses neue System. Dienstverträge der Vorstände, die bereits vor Inkrafttreten des VorstAG bestanden haben, unterliegen gemäß den Gesetzesbegründungsmaterialien (Drucksache 16/13433) einem Bestandsschutz. Dennoch besteht für diese Vorstandsmitglieder die Möglichkeit, freiwillig in das neue Vergütungssystem zu wechseln. Zum 31. Dezember 2010 befinden sich die Vorstandsmitglieder René Obermann, Reinhard Clemens, Niek Jan van Damme, Timotheus Höttges, Guido Kerkhoff und Edward R. Kozel in der neuen Systematik der Vorstandsvergütung, während für die übrigen Vorstandsmitglieder die Regelungen des Altsystems Gültigkeit behalten, welches bereits weitestgehend den Anforderungen des VorstAG entspricht. Im Folgenden wird sowohl die neue als auch die alte Systematik erläutert.

Grundlagen der Vorstandsvergütung. Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen. Die Mitglieder des Vorstands haben auf Basis der mit ihnen geschlossenen Dienstverträge einen Anspruch auf: eine jährliche feste Vergütung, eine jährliche variable Erfolgsvergütung, eine langfristig ausgelegte variable Vergütungskomponente sowie Anspruch auf Nebenleistungen und auf Anwartschaften aus einer betrieblichen Pensionszusage. Der Aufsichtsrat legt die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand fest. Diese Struktur und die Angemessenheit der Vergütung überprüft er regelmäßig.

Die feste Vergütung ist bei allen Vorstandsmitgliedern gemäß den aktienrechtlichen Anforderungen unter Beachtung der marktüblichen Vergütungen festgelegt. Es ist sichergestellt, dass die Vorstandsvergütung auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist und im Neusystem die variablen Vergütungsbestandteile eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben.

Der Aufsichtsrat kann zudem nach seinem pflichtgemäßen Ermessen außerordentliche Leistungen einzelner oder aller Vorstandsmitglieder in Form einer besonderen Erfolgstantieme vergüten.

In markt- und konzernüblicher Weise gewährt die Gesellschaft allen Mitgliedern des Vorstands aus ihren Vorstandsverträgen weitere Leistungen, die zum Teil als geldwerte Vorteile angesehen und entsprechend versteuert werden; so vor allem die Überlassung eines Geschäftsfahrzeugs sowie die Gewährung von Unfallversicherungs- und Haftpflichtschutz und Leistungen im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung.

Nebentätigkeiten sind grundsätzlich genehmigungspflichtig. Die Übernahme von Management- und Aufsichtsratsfunktionen in Konzerngesellschaften erfolgt grundsätzlich unentgeltlich.

Bei einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit, die durch Krankheit, Unfall oder aus einem anderen nicht durch das jeweilige Vorstandsmitglied zu vertretenden Grund eintritt, wird die feste Grundvergütung weitergewährt; maximal jedoch für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten nach dem Ende des Monats, in dem eine dauernde Arbeitsunfähigkeit des Vorstandsmitglieds festgestellt worden ist.

Variable Erfolgsvergütung (altes System).

Die jährliche kurzfristige variable Erfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder bestimmt sich nach dem Grad der Erreichung der vom Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG vor Beginn des Geschäftsjahres jedem Mitglied des Vorstands erteilten Zielvorgabe. Die Zielvorgabe setzt sich aus Konzernzielen und Individualzielen der einzelnen Vorstandsmitglieder zusammen, für die die Parameter Umsatz, EBITDA ohne Sondereinflüsse und Free Cashflow verwendet werden. Die Zielerreichung wird vom Aufsichtsrat für das jeweilige Geschäftsjahr festgelegt.

Daneben nehmen die Mitglieder des Vorstands an dem im Geschäftsjahr 2004 eingeführten Mid-Term Incentive Plan der Deutschen Telekom AG (MTIP) teil (siehe hierzu die vorstehenden Ausführungen zum MTIP unter Angabe 35).



	MTIP 2010 Auslobungsbetrag	MTIP 2010 Beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung	Gesamtaufwand aktienbasierte Vergütung aus MTIP in 2010	MTIP 2009 Auslobungsbetrag	Gesamtaufwand aktienbasierte Vergütung aus MTIP in 2009
	€ *	€ *	€ *	€ *	€ *
René Obermann	0	0	181 341	750 000	257 518
Hamid Akhavan (bis 15. Februar 2010)	0	0	(123 942)	480 000	164 812
Dr. Manfred Balz	330 000	22 489	61 375	330 000	62 004
Reinhard Clemens	0	0	101 551	420 000	63 869
Dr. Karl-Gerhard Eick (bis 28. Februar 2009)	0	0	0	0	(250 939)
Niek Jan van Damme	0	0	22 737	295 000	41 502
Timotheus Höttges	0	0	108 805	450 000	154 511
Guido Kerkhoff	0	0	46 776	360 000	70 366
Thomas Sattelberger	515 000	35 097	163 652	515 000	173 887
	845 000	57 586	562 295	3 600 000	737 530

* Beizulegender Zeitwert ermittelt nach dem sog. Monte-Carlo-Modell.

Variable Erfolgsvergütung (neues System).

Die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in die Variablen I und II. Die Variable I enthält sowohl kurzfristige als auch langfristig angelegte Komponenten, die in der Realisierung des Budgets in konkreten Zielgrößen sowie der Umsetzung der Strategie und dem Handeln im Einklang mit dem Konzernleitbild bestehen. Die Variable II ist ausschließlich langfristig orientiert. So ist sichergestellt, dass im Rahmen der variablen Vergütung eine Ausrichtung auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung erfolgt und eine überwiegend langfristige Anreizwirkung besteht.

Variable I. Die jährliche variable Vergütung der Vorstandsmitglieder bestimmt sich nach dem Grad der Erreichung der vom Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG zu Beginn des Geschäftsjahres jedem Mitglied des Vorstands erteilten Zielvorgabe. Die Zielvorgabe setzt sich dabei aus Konzernzielen (50 %) für Umsatz, EBITDA ohne Sondereinflüsse und dem Free Cashflow sowie Individualzielen der einzelnen Vorstandsmitglieder zusammen. Die Individualziele bestehen aus den auf den nachhaltigen Unternehmenserfolg ausgerichteten Zielen zur Umsetzung der Strategie (30 %) sowie dem Handeln im Einklang mit dem Konzernleitbild (Value Adherence) in Höhe von 20 %. Die Zielvereinbarung und Zielerreichung für das jeweilige Geschäftsjahr werden vom Aufsichtsratsplenum festgelegt. Eine Übererfüllung der Zielvorgaben wird linear abgebildet und ist auf 150 % des Auslobungsbetrags begrenzt. Darüber hinausgehende Zielerreichungsgrade bleiben unberücksichtigt. Zur darüber hinausgehenden Sicherstellung der langfristigen Anreizwirkung und der Ausrichtung

auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ist in einem vorgegebenen Zeitfenster ein Betrag von einem Drittel der jährlich durch das Aufsichtsratsplenum festgesetzten jährlichen Variablen in Aktien der Deutschen Telekom AG zu investieren; diese sind über einen Zeitraum von mindestens vier Jahren vom jeweiligen Vorstandsmitglied zu halten. Die Deutsche Telekom AG wird für jede im Rahmen des oben beschriebenen Eigeninvestments des Vorstands erworbene Aktie eine zusätzliche Aktie erwerben (Matching Share Plan).

Variable II. Die ausschließlich langfristig angelegte Variable II wird an der Erfüllung von vier gleich gewichteten Erfolgsparametern (bereinigter operativer Return On Capital Employed (ROCE), bereinigte Earnings Per Share (EPS), Kundenzufriedenheit und Mitarbeiterzufriedenheit) gemessen. Jeder Parameter beeinflusst ein Viertel des Auslobungsbetrags. Eine Übererfüllung der Zielvorgaben wird linear abgebildet und ist auf 150 % des Auslobungsbetrags begrenzt. Der Bemessungszeitraum beträgt vier Jahre. Die Messung erfolgt über die durchschnittliche Zielerreichung der vier zum Zeitpunkt der Auslobung geplanten Jahre. Der Auslobungsbetrag wird entkoppelt von anderen Vergütungsbestandteilen und individuell pro Vorstandsmitglied festgelegt.

Überleitung vom Altsystem der Vorstandsvergütung in das neue Vorstandsvergütungssystem. Zur Überleitung vom Altsystem in das Neusystem hat der Aufsichtsrat beschlossen, den zum Zeitpunkt des Systemwechsels bereits bestellten Vorständen das Angebot zu unterbreiten, auf das Anrecht aus der bestehenden Tranche des MTIP 2009 zu verzichten und für die Restlaufzeit dieser Tranche (bis zum 31. Dezember 2011) eine Auslobung der Variable II nach oben beschriebener Ausgestaltung zu erhalten. Das ursprünglich ausgelobte Volumen wurde dabei nicht verändert (siehe hierzu Tabelle zu MTIP-Auslobungen). Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass alle in das Neusystem gewechselten Vorstandsmitglieder keine Auslobung einer MTIP-Tranche 2010 erhalten sollen, sondern stattdessen eine Auslobung in Höhe der vertraglich vereinbarten Variable II erfolgt, die eine dreijährige Laufzeit aufweist. Die noch bis zum 31. Dezember 2010 laufende Tranche des MTIP 2008 bleibt wegen der kurzen Restlaufzeit in unveränderter Form bestehen. Durch diese Gestaltung ermöglicht der Aufsichtsrat dem Vorstand, auch in der Zukunft in jedem Jahr eine Auszahlung des mehrjährigen variablen Vergütungsanspruchs zu erhalten, wenn die vorgegebenen Ziele erfüllt werden. Ohne diese Übergangslösung wäre durch den Wechsel von einer dreijährigen auf eine vierjährige Laufzeit bei den langfristigen Vergütungsinstrumenten systembedingt im Jahr 2013 keine Auszahlung möglich gewesen. Vorstandsmitglieder, die in das neue System der Vorstandsvergütung wechseln, können optional mit im Jahr 2010 erworbenen Aktien bereits am Matching Share Plan partizipieren. Die maximale Höhe der Teilnahme am Matching Share Plan ist dabei für das Jahr 2010 auf ein Drittel der vertraglich vereinbarten neuen Variable I begrenzt.

Angaben zu Matching Shares. Im Geschäftsjahr 2010 haben sich die Vorstandsmitglieder, für die das neue Vorstandsvergütungssystem gilt wie oben beschrieben, vertraglich dazu verpflichtet, ein Drittel der Variablen I in Aktien der Deutschen Telekom AG zu investieren. Die Deutsche Telekom AG wird für jede im Rahmen des oben beschriebenen Eigeninvestments des Vorstands erworbene Aktie eine zusätzliche Aktie gewähren (Matching Share Plan), die nach Ablauf der vierjährigen Haltefrist dem Planberechtigten zugeteilt wird. So wird sichergestellt, dass frühestens nach Ablauf von vier Jahren eine Veräußerung der von Unternehmensseite gewährten Aktien möglich ist und nur der Verbleib im Unternehmen durch diesen Vergütungsbestandteil honoriert wird.

In Anwendung der Vorschriften DRS 17 und IFRS 2 ist der Gesamtaufwand aus aktienbasierter Vergütung aus Matching Shares 2010 und der beizulegende Zeitwert der Matching Shares zum Zeitpunkt der Gewährung anzugeben. Die folgende Tabelle basiert dabei auf einer erwarteten Zielerreichung für das Geschäftsjahr 2010 und damit auf einer erwarteten Höhe des vom jeweiligen Vorstand zu leistenden Eigeninvestments.

	Gesamtaufwand aktienbasierte Vergütung aus Matching Shares 2010 €	Beizulegende Zeitwerte der Matching Shares zum Zeitpunkt der Gewährung €
René Obermann	78 372	628 943
Reinhard Clemens	40 937	328 255
Niek Jan van Damme	34 461	276 523
Timotheus Höttges	47 023	377 363
Guido Kerkhoff	23 958	138 949
Edward R. Kozel	32 143	225 115

Bis zum 31. Dezember 2010 hat die Deutsche Telekom keine Aktien für Zwecke zur Ausgabe von Matching Shares erworben.

Daneben ist auch die Anzahl der zu gewährenden Matching Shares für die einzelnen Vorstandsmitglieder anzugeben. Diese sind in Abhängigkeit von der voraussichtlichen Zielerreichung der Variablen I sowie dem Aktienkurs zum Zeitpunkt der Gewährung zu ermitteln. Für das Geschäftsjahr 2010 werden René Obermann 85 804 Stück Matching Shares, Reinhard Clemens 44 002 Stück, Niek Jan van Damme 37 828 Stück, Timotheus Höttges 51 482 Stück, Guido Kerkhoff 18 601 Stück und Edward R. Kozel 22 693 Stück Matching Shares gewährt.

Durch die erstmalige Gewährung von Matching Shares im Geschäftsjahr 2010 bestehen für den Vorjahreszeitraum keine anzugebenden Vergleichswerte.

Regelungen für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit. In Vorstandsverträgen, die seit dem Geschäftsjahr 2009 abgeschlossen worden sind bzw. durch Wechsel in das neue Vergütungssystem geändert wurden, ist für den Fall der vorzeitigen Beendigung ohne wichtigen Grund eine Ausgleichszahlung vorgesehen, deren Höhe entsprechend den Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auf maximal zwei Jahresvergütungen begrenzt ist (Abfindungs-Cap) und die nicht höher als die Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags sein darf.

Die Vorstandsverträge der Deutschen Telekom AG enthalten keine Zusagen für Leistungen aus Anlass der Beendigung der Vorstandstätigkeit infolge eines Kontrollwechsels.

Die Verträge der Vorstandsmitglieder sehen grundsätzlich ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot vor. Den Mitgliedern des Vorstands ist es danach vertraglich untersagt, während der Dauer von einem Jahr nach Ausscheiden Leistungen an oder für einen Wettbewerber zu erbringen. Hierfür erhalten sie als Karenzentschädigung eine Zahlung in Höhe der zuletzt bezogenen jährlichen Grundvergütung.



Betriebliche Altersversorgung.

Betriebliche Altersversorgung (Altzusage). Die Mitglieder des Vorstands haben eine Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung. Die betriebliche Altersversorgung steht in einem direkten Verhältnis zum individuellen Jahresgehalt. Die Vorstandsmitglieder erhalten im Versorgungsfall pro abgeleistetem Dienstjahr einen festgelegten Prozentsatz des letzten festen Jahresgehalts vor Eintritt des Versorgungsfalles als betriebliche Altersversorgung. Die Zusageform besteht in einem lebenslangen Ruhegeld ab Vollendung des 62. Lebensjahres bzw. einem vorgezogenen Ruhegeld mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Für den Fall des vorgezogenen Ruhegelds werden jedoch entsprechende versicherungsmathematische Abschläge durchgeführt. Die Höhe des betrieblichen Ruhegelds berechnet sich durch Multiplikation eines Basisprozentsatzes von 5 % (6 % für René Obermann) mit der Anzahl der in Jahren abgeleisteten Vorstandsdienstzeiten. Nach zehn Jahren Dienstzeit wäre somit das maximale Versorgungsniveau von 50 % (60 % für René Obermann) der letzten fixen Jahresvergütung erreicht.

Die zu leistenden Versorgungszahlungen werden jährlich dynamisiert. Dabei beträgt der verwendete Steigerungsprozentsatz 1 %, bei René Obermann 3 %. Darüber hinaus enthalten die Versorgungsvereinbarungen Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung in Form von Witwen- und Waisenrentenansprüchen. Dabei kann der Anspruch auf Witwenrenten in speziell geregelten Sonderfällen ausgeschlossen sein. Anrechnungstatbestände sind in den Versorgungszusagen marktüblich geregelt. Im Fall einer dauernden Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) wird jeweils die Dienstzeit bis zum Ende der laufenden Bestellperiode für die Berechnung der Versorgung zugrunde gelegt.

Die Gesellschaft übernimmt für ein Vorstandsmitglied noch die Beiträge inklusive deren Versteuerung für eine Risikolebensversicherung mit marktüblicher Deckung (1,3 Mio. €). Die hieraus entstandenen Kosten werden im Rahmen der geldwerten Vorteile mit ausgewiesen.

Betriebliche Altersversorgung (Neuzusage). Für alle Vorstandsmitglieder mit einer Neuzusage auf betriebliche Altersversorgung wird eine beitragsorientierte Zusage in Form eines Einmalkapitals im Versorgungsfall erteilt. Für jedes abgeleistete Dienstjahr wird dem Vorstandsmitglied ein Beitrag auf einem Versorgungskonto gutgeschrieben, welches mit einer marktüblichen Verzinsung hinterlegt ist. Die Zuführung des jährlichen Beitrags erfolgt nicht liquiditätswirksam. Der Liquiditätsabfluss entsteht erst mit Eintritt des Versorgungsfalles. Der Versorgungsfall tritt grundsätzlich mit dem vollendeten 62. Lebensjahr ein. Es besteht jedoch die Möglichkeit, ein vorgezogenes Ruhegeld ab dem vollendeten 60. Lebensjahr gegen entsprechende versicherungsmathematische Abschläge zu beziehen. Die Höhe des jährlich bereitzustellenden Beitrags wird individualisiert und entkoppelt von anderen Vergütungsbestandteilen vorgenommen. Bei der exakten Festlegung des Beitrags erfolgt eine Orientierung an Unternehmen gleicher Größenordnung, die einen angemessenen Vergleichsmaßstab darstellen und die ebenfalls eine beitragsorientierte Versorgungszusage anbieten.

Darüber hinaus enthalten die Versorgungsvereinbarungen Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung in Form von Witwen- und Waisenrentenansprüchen. Ein Anspruch auf Witwenrente ist in speziell geregelten Sonderfällen ausgeschlossen. Schlussendlich sind in den Versorgungszusagen Anrechnungstatbestände marktüblich geregelt. Im Fall einer dauernden Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) wird jeweils die Dienstzeit bis zum Ende der laufenden Bestellperiode für die Berechnung der Versorgung zugrunde gelegt.

In der folgenden Tabelle sind der Dienstzeitaufwand und die Defined Benefit Obligation für jedes Vorstandsmitglied dargestellt:

	Dienstzeitaufwand (Service Costs) 2010 €	Defined Benefit Obligation (DBO) 31.12.2010 €
René Obermann	575 170	5 358 169
Dr. Manfred Balz	282 982	613 412
Reinhard Clemens	367 252	1 232 442
Niek Jan van Damme	275 534	465 141
Timotheus Höttges	260 901	1 307 754
Guido Kerkhoff	273 876	431 504
Edward R. Kozel	146 567	146 567
Thomas Sattelberger	875 447	4 751 293

Im Rahmen der Regelungen der neuen betrieblichen Altersversorgung wurden Guido Kerkhoff und Niek Jan van Damme 290 000 € als jährlicher Beitrag dem Versorgungskonto gutgeschrieben, während die Beiträge für Dr. Manfred Balz 270 000 € und für Edward R. Kozel 250 000 € betragen.

Der aus der betrieblichen Altersversorgung resultierende Pensionsaufwand wird durch die Angabe der Service Costs dargestellt. Die in 2010 vorgenommenen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen betragen 3,6 Mio. € (2009: 4,1 Mio. €). In diesem Betrag sind Dienstzeitaufwendungen (Service Costs) in Höhe von 3,1 Mio. € (2009: 3,6 Mio. €) und Zinsaufwendungen (Interest Costs) in Höhe von 0,5 Mio. € (2009: 0,5 Mio. €) enthalten.

Aktionsoptionsplan. Bei der Deutschen Telekom werden keine Aktienoptionspläne mehr ausgegeben. Einzelne Vorstandsmitglieder halten jedoch noch Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsplan 2001 mit den beiden Tranchen 2001 und 2002.

Timotheus Höttges und René Obermann nehmen noch aus ihrer vorherigen Tätigkeit für T-Mobile an der Tranche 2002 des Aktienoptionsplans 2001 teil. Dr. Manfred Balz und Guido Kerkhoff partizipieren noch aus ihrem Angestelltenverhältnis vor der Berufung zum Vorstandsmitglied am Aktienoptionsplan.

Die gewährten Aktienoptionen sind im Rahmen der Vorgaben ausübbar; bislang erfolgte jedoch noch keine Ausübung. Der Bestand an Aktienoptionen ist in Bezug auf die zum 31. Dezember 2010 aktiven Vorstandsmitglieder unverändert zum Vorjahr.

Die Anzahl der Aktienoptionen ergibt sich im Einzelnen aus der unten stehenden Tabelle.

Die Bandbreite der Ausübungspreise der Optionen von René Obermann und Dr. Manfred Balz variiert zwischen 12,36 € und 30,00 €.

Aufgrund der Teilnahme der verbleibenden Vorstandsmitglieder an nur jeweils einer Tranche des Aktienoptionsplans sind keine Bandbreiten anzugeben.

Aus den am 31. Dezember 2010 ausstehenden Optionen für Vorstandsmitglieder ergibt sich ein gewichteter Durchschnitt der restlichen Vertragslaufzeit von 1,0 Jahren.

☞ Siehe im Übrigen die Ausführungen zum AOP vorstehend unter Angabe 35.

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010. Unter Zugrundelegung der rechtlichen und sonstigen Vorgaben werden im Folgenden Bezüge der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 mit insgesamt 14,4 Mio. € (2009: 13,7 Mio. €) ausgewiesen.

Diese beinhalten für Vorstandsmitglieder, für die das neue Vorstandsvergütungssystem gilt, die feste Jahresvergütung sowie sonstige Leistungen, geldwerte Vorteile und Sachbezüge, die variable Vergütung (Variable I) und den beizulegenden Zeitwert der Matching Shares. Dieser wurde auf Basis der zum Zeitpunkt der Gewährung geschätzten Höhe der Variablen I und einer daraus resultierenden Anzahl an Matching Shares berechnet.

Für Vorstandsmitglieder, für die das alte Vergütungssystem gilt, beinhaltet die Vorstandsvergütung die feste Jahresvergütung sowie sonstige Leistungen, geldwerte Vorteile und Sachbezüge, die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 und die beizulegenden Zeitwerte des MTIP 2010 zum Zeitpunkt der Gewährung.

Die sonstigen Bezüge sind vollständig erfolgsunabhängig.

		Optionen AOP 2001 Tranche 2001		Optionen AOP 2001 Tranche 2002		Gewichteter Durchschnitt der Ausübungspreise der Aktienoptionen €
		Anzahl	Wert der Optionen bei Begebung (2001) €	Anzahl	Wert der Optionen bei Begebung (2002) €	
René Obermann	2010	48 195	4,87	28 830	3,79	23,40
	2009	48 195		28 830		
Hamid Akhavan (bis 15. Februar 2010)	2010	0	0	0	0	0
	2009	0		19 840	3,79	12,36
Dr. Manfred Balz	2010	32 130	4,87	17 360	3,79	23,81
	2009	32 130		17 360		
Timotheus Höttges	2010	0		17 050	3,79	12,36
	2009	0		17 050		
Guido Kerkhoff	2010	0		4 650	3,79	12,36
	2009	0		4 650		
	2010	80 325		67 890		
	2009	80 325		87 730		

Gesamtbezüge. Die Vergütung des Vorstands ergibt sich im Einzelnen aus der nachfolgenden Tabelle:

		Festes Jahresgehalt	Sonstige Bezüge	Kurzfristige variable Vergütung	Langfristige variable Vergütung (beizulegender Zeitwert) ^a	Summe
		€	€	€	€	€
René Obermann	2010	1 350 000	35 790	1 346 250	628 943	3 360 983
	2009	1 250 000	37 233	1 365 000	76 613	2 728 846
Hamid Akhavan (bis 15. Februar 2010)	2010	100 000	50 001 ^b	119 244	–	269 245
	2009	800 000	611 878 ^b	789 600	49 032	2 250 510
Dr. Manfred Balz	2010	687 097	18 292	391 716	22 489	1 119 594
	2009	660 000	19 204	468 600	33 710	1 181 514
Reinhard Clemens	2010	795 000	25 064	665 000	328 255	1 813 319
	2009	658 333	31 531	825 750	42 903	1 558 517
Dr. Karl-Gerhard Eick (bis 28. Februar 2009)	2010	–	–	–	–	–
	2009	183 750	17 371	183 750	–	384 871
Niek Jan van Damme	2010	570 000	24 502	542 080	276 523	1 413 105
	2009	366 667	31 538	549 450	30 134	977 789
Timotheus Höttges	2010	825 000	22 265	775 500	377 363	2 000 128
	2009	750 000	21 583	803 250	45 968	1 620 801
Guido Kerkhoff	2010	610 000	20 322	606 480	138 949	1 375 751
	2009	433 333	11 874	692 250	36 774	1 174 231
Edward R. Kozel (seit 3. Mai 2010)	2010	595 161	43 960	420 623	225 115	1 284 859
	2009	–	–	–	–	–
Thomas Sattelberger	2010	800 000	4 582	908 417	35 097	1 748 096
	2009	800 000	5 687	976 250	52 607	1 834 544
	2010	6 332 258	244 778	5 775 310	2 032 734	14 385 080
	2009	5 902 083	787 899	6 653 900	367 741	13 711 623

^a In dieser Spalte ist sowohl der beizulegende Zeitwert für Matching Shares als auch für die Teilnahme am MTIP 2010 ausgewiesen.

^b Hamid Akhavan erhält wegen seiner US-Staatsbürgerschaft neben der „pension substitute“ einen pauschalen monatlichen Steuerausgleich aufgrund unterschiedlicher Besteuerungsregeln in Deutschland und den USA.

Der Gesamtaufwand für die im Geschäftsjahr 2010 gewährten Auslobungen der Variablen II beträgt 3,3 Mio. € (2009: 0,0 Mio. €).

Im Rahmen der mit Hamid Akhavan mit Wirkung zum 15. Februar 2010 geschlossenen Aufhebungsvereinbarung wurden sämtliche bestehenden Anrechte auf Aktienoptionen und die noch ausstehenden Tranchen des MTIP 2008 und 2009 entschädigungslos aufgehoben. Für den Zeitraum bis zum 15. Februar 2010 wurden die anteilige feste Grundvergütung und die anteiligen sonstigen Bezüge gezahlt. Für den gleichen Zeitraum wurde der anteilige Anspruch auf kurzfristige variable Vergütung auf Grundlage der durchschnittlichen Zielerreichung der vergangenen drei Geschäftsjahre festgelegt. Die mit Hamid Akhavan vereinbarte jährliche Zahlung einer Pension Substitute wurde letztmalig im Geschäftsjahr 2009 geleistet. Mit Beginn des 15. Februar 2010 erhält Hamid Akhavan die im Rahmen des Wettbewerbsverbots vereinbarte Karenzentschädigung in Höhe eines festen Jahresgehalts in monatlichen Zahlungen.

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands. Für Leistungen und Ansprüche früherer und ausgeschiedener Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene sind 5,4 Mio. € (2009: 4,2 Mio. €) als Gesamtbezüge ausgewiesen.

Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden für diesen Personenkreis sowie deren Hinterbliebene 99,3 Mio. € (2009: 96,3 Mio. €) als Rückstellungen (Bewertung nach IAS 19) passiviert.

Sonstiges. Die Gesellschaft hat keine Vorschüsse und Kredite an Vorstandsmitglieder bzw. ehemalige Vorstandsmitglieder gewährt. Ebenso wurden keine Haftungsverhältnisse zugunsten dieses Personenkreises eingegangen.

Vergütung des Aufsichtsrats.

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in § 13 der Satzung der Deutschen Telekom AG geregelt. Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2010 30 000,00 € und für die Folgejahre 40 000,00 € beträgt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats können bei entsprechender Entwicklung des Konzernüberschusses je Stückaktie eine variable erfolgsorientierte Vergütung erhalten.

Diese erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung beträgt 1 000,00 € für jeweils 0,02 €, um die der Konzernüberschuss pro Stückaktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzernüberschuss pro Stückaktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Die erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung beträgt jedoch höchstens 40 000,00 €.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das Eineinhalbfache der Vergütung eines einfachen Aufsichtsratsmitglieds. Die gesamte Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss (außer Vermittlungsausschuss sowie Nominierungsausschuss) jeweils um das 0,5-Fache, im Fall des Prüfungsausschusses um das 1,0-Fache, und für jeden Vorsitz in einem Aufsichtsratsausschuss zusätzlich jeweils um das 0,5-Fache. Aufsichtsratsmitglieder, die nicht während des ganzen Geschäftsjahres im Amt waren, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit ein Zwölftel der Vergütung. Dies gilt sowohl für die feste jährliche Vergütung als auch für die jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilgenommen haben, ein Sitzungsgeld von 1 000,00 €. Die auf die Vergütung und Auslagen zu zahlende Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet.

Die Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für 2010 beträgt 1 942 791,66 € (zzgl. Umsatzsteuer).

Kredite wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats nicht gewährt.

Die **Aufsichtsratsvergütung 2010** verteilt sich auf die einzelnen Mitglieder wie folgt:

Aufsichtsratsmitglied	Fixumvergütung inkl. Sitzungsgeld €	Bewertung des langfristigen Vergütungs- anspruchs ^a €
Asmussen, Jörg	54 000,00	23 250,00
Becker, Hermann Josef	90 000,00	38 750,00
Dr. Bernotat, Wulf	47 000,00	20 150,00
Brandl, Monika	47 000,00	20 150,00
Bury, Hans Martin	81 000,00	35 650,00
Falbisoner, Josef (bis 3. Mai 2010)	14 500,00	6 458,33
Dr. von Grünberg, Hubertus	51 000,00	23 250,00
Guffey, Lawrence H.	78 000,00	35 650,00
Hocker, Ulrich	36 000,00	15 500,00
Holzwarth, Lothar ^b	76 000,00	32 550,00
Kallmeier, Hans-Jürgen ^c	52 000,00	23 250,00
Kühnast, Sylvia	36 000,00	15 500,00
Prof. Dr. Lehner, Ulrich (Vorsitzender)	136 000,00	60 450,00
Litzenberger, Waltraud	131 000,00	54 250,00
Löffler, Michael	36 000,00	15 500,00
Prof. Dr. Middelmann, Ulrich	53 000,00	23 250,00
Schröder, Lothar (stellv. Vorsitzender) ^d	115 000,00	49 600,00
Dr. Schröder, Ulrich	47 000,00	20 150,00
Sommer, Michael	35 000,00	15 500,00
Spoo, Sibylle (seit 4. Mai 2010)	22 000,00	10 333,33
Dr. h.c. Walter, Bernhard	115 000,00	51 150,00
	1 352 500,00	590 291,66

^a Zum Zweck der Ermittlung eines Rückstellungsbetrags wurde hypothetisch zugrunde gelegt, dass der Konzernüberschuss pro Stückaktie in 2012 dem Konzernüberschuss pro Stückaktie in 2010 entsprechen wird. Ausgehend von dieser Prämisse ergibt sich für den Vergleichszeitraum 2009 bis 2012 ein Anspruch von 15 500,00 €, bezogen auf das Gesamtjahr. Nach Anwendung der Multiplikatoren ergibt sich ein Rückstellungsbetrag von 590 291,66 €.

^b Für ein Aufsichtsratsmandat bei der Telekom Deutschland GmbH (vormals T-Mobile Deutschland GmbH), Bonn, einer 100 %-Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom AG, hat Lothar Holzwarth von dieser Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2010 eine Aufsichtsratsvergütung in Höhe von 11 333,33 € erhalten.

^c Für ein Aufsichtsratsmandat bei der T-Systems International GmbH, Frankfurt am Main, einer 100 %-Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom AG, hat Hans-Jürgen Kallmeier von dieser Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2010 eine Aufsichtsratsvergütung in Höhe von 833,33 € erhalten.

^d Für ein Aufsichtsratsmandat bei der Telekom Deutschland GmbH (vormals T-Mobile Deutschland GmbH), Bonn, einer 100 %-Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom AG, hat Lothar Schröder von dieser Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2010 eine Aufsichtsratsvergütung in Höhe von 18 800,00 € erhalten.



40 Erklärung gemäß § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG haben die nach § 161 des AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Deutschen Telekom AG zugänglich gemacht. Der vollständige Wortlaut der Entsprechenserklärung ist über die Internetseite der Deutschen Telekom (www.telekom.com) im Bereich „Investor Relations“ unter der Rubrik „Corporate Governance“ zugänglich.

41 Ereignisse nach der Berichtsperiode.

Ministerialbeschluss zum Sozialversicherungsfonds IKA-ETAM. Das griechische Arbeits- und Sozialministerium hat einen Ministerialbeschluss erlassen und die OTE darauf hingewiesen, dass eventuell nach Erstellung eines Gutachtens zusätzliche Zahlungen zur Deckung eines Defizits in den Fonds zu leisten sind. Die OTE hat Widerspruch gegen den Ministerialbeschluss eingelegt. Im Januar 2011 hat das griechische Arbeits- und Sozialministerium eine Zahlungsaufforderung in Höhe von 130 Mio. € an die OTE gestellt. Die OTE wird erneut Widerspruch vor weiteren juristischen Schritten einlegen. Im Konzernabschluss wurde dieser Sachverhalt entsprechend berücksichtigt. Nach Meinung der OTE bestehen gute Gründe dafür, einen Prozess durch das Einreichen einer Klage gegen den Sachverhalt gewinnen zu können.

Einigung mit der französischen Vivendi, der polnischen Elektrim sowie den Gläubigern von Elektrim vollzogen. Am 14. Januar 2011 wurde die Einigung über das Eigentum am polnischen Mobilfunk-Anbieter PTC abgeschlossen. Die Deutsche Telekom hat 1,4 Mrd. € im Januar 2011 gezahlt und sich nun das unumstrittene Eigentum an der PTC gesichert. Die Deutsche Telekom ist im Besitz aller Anteile an der PTC.

42 Honorare und Dienstleistungen der Abschlussprüfer gemäß § 314 HGB.

Das für die Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar gliedert sich wie folgt:

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft.

	2010 Mio. €
Abschlussprüfungsleistungen	5
Andere Bestätigungsleistungen	6
Steuerberatungsleistungen	1
Sonstige Leistungen	8
	20

Ernst & Young GmbH.

	2010 Mio. €
Abschlussprüfungsleistungen	7
Andere Bestätigungsleistungen	6
Steuerberatungsleistungen	1
Sonstige Leistungen	1
	15

Unter den Honoraren für Abschlussprüfungsleistungen werden insbesondere Honorare für die gesetzliche Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses ausgewiesen sowie Honorare für weitere Prüfungsleistungen.

Bei den Honoraren für andere Bestätigungsleistungen handelt es sich vor allem um Entgelte für die prüferische Durchsicht der Zwischenabschlüsse sowie die prüferische Begleitung im Rahmen der Dokumentation des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung.

Honorare für Steuerberatungsleistungen beinhalten im Wesentlichen erbrachte Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit laufenden und geplanten Transaktionen.

Die sonstigen Leistungen umfassen überwiegend Beratungsleistungen und Unterstützung im Zusammenhang mit der Erfüllung von Anforderungen, die von der Bundesnetzagentur und anderen Behörden an die Gesellschaft gestellt werden.